

## Proteste in Belarus

### Kirchen zwischen Unterstützung und Schweigen



Aufgrund der manipulierten Präsidentschaftswahlen vom 9. August 2020 begannen in Belarus anhaltende Massenproteste. Die Kirchen, die sich zuvor nur bedingt an öffentlichen Debatten beteiligt hatten, riefen zunächst vage zu Gewaltverzicht auf. Bald begannen jedoch zumindest einzelne Kirchenvertreter vermehrt Position für die friedliche Demokratiebewegung zu beziehen. Dies führte auch zu einem verstärkten staatlichen Druck auf die Glaubensgemeinschaften sowie direkten Drohungen und Sanktionen gegen Kirchen und einzelne Geistliche.

## **Inhalt**

Erzbischof Kondrusiewicz geht in den Ruhestand

Erzbischof Kondrusiewicz reicht Antrag auf Pensionierung ein

Papst sendet Sonderbeauftragten zu Lukaschenka

Dokument: Offener Brief an die Christen in Belarus

Dokument: Geschwisterliche Gemeinschaft: Eine Vision für ein neues Belarus

Sprecher der orthodoxen Kirche zurückgetreten

Generalstaatsanwaltschaft droht Geistlichen

Aufbruch ins Ungewisse: Die Kirchen und die Proteste in Belarus

Lukaschenka droht den Kirchen

Statement der Gruppe „Christliche Vision“ des Koordinierungsrats für Belarus

Katholischer Erzbischof darf weiterhin nicht einreisen

Position der Kirchen in Belarus vor den Wahlen

Neuer Metropolit von Minsk ernannt

Katholischer Erzbischof an Einreise gehindert

Kirchen rufen zu Ende der Gewalt auf

# Belarus: Erzbischof Kondrusiewicz geht in den Ruhestand

14. Januar 2021. Belarus

Papst Franziskus hat das altersbedingte Rücktrittsgesuch von Erzbischof Tadeusz Kondrusiewicz von Minsk angenommen. Am 3. Januar, dem 75. Geburtstag des Erzbischofs, teilte das Pressebüro des Vatikans die Entscheidung mit, zugleich [ernannte der Papst Weihbischof Kazimierz Wielikosielec von Pinsk zum Administrator](#) der Erzdiözese.

Kondrusiewicz leitete die Erzdiözese Minsk-Mahiljou seit 2007 und war Vorsitzender der Belarusischen Bischofskonferenz. Am Tag der Entscheidung [informierte er die Gläubigen](#) an einer Messe in Minsk. Kondrusiewicz tröstete sie damit, dass die Erzdiözese nicht führungslos bleibe. Außerdem bat er die Anwesenden, den Administrator „mit offenem Herzen“ anzunehmen. Die Kirche müsse leben, die „Menschen wechseln, aber die Kirche bleibt“, sagte er weiter.

Erzbischof Kondrusiewicz hat mehrere Monate im polnischen Exil verbracht, nachdem ihm Ende August die [Wiedereinreise nach Belarus verwehrt](#) worden war. Die belarusischen Behörden gaben an, sein Pass sei ungültig. Als tatsächlicher Grund wurden jedoch Kondrusiewicz Aufrufe zu einem Ende der Gewalt und zum Dialog zwischen den Protestierenden und der Regierung vermutet. Mitte Dezember hatte Erzbischof Claudio Gugerotti als [Sonderbeauftragter des Vatikans Alexander Lukaschenka getroffen](#), um mit dem Regime über die Rückkehr Kondrusiewicz zu verhandeln. Am 22. Dezember teilte der belarusische Innenminister mit, die Frage werde gelöst werden. Am 24. Dezember konnte Kondrusiewicz schließlich nach Belarus zurückkehren. [Lukaschenka verkündete](#) kurz darauf, der Erzbischof stelle „keinerlei Gefahr dar“. Zuvor hatte er dem Erzbischof unterstellt, für „Konsultationen“ nach Polen gereist zu sein, um „das Land zu zerstören“.

In Belarus vermuten viele einen Deal zwischen Lukaschenka und dem Vatikan, der Rücktritt sei der Preis für die Heimkehr von Kondrusiewicz. Denn nicht selten verlängert der Papst die Amtszeiten von Bischöfen um ein paar Jahre, wenn sie aufgrund ihres Alters den Rücktritt anbieten, so auch im Fall von Weihbischof Wielikosielec. Dieser ist ein halbes Jahr älter als Kondrusiewicz und der älteste amtierende Bischof in Belarus. Bisher ließ Wielikosielec keine Kritik am Regime von Lukaschenka verlauten, ganz im Gegensatz zu [Weihbischof Juryj Kasabutski](#) von Minsk, der Kondrusiewicz während dessen Abwesenheit vertreten hatte. Von seiner Ernennung zeigte sich Wielikosielec auch selbst überrascht, das sei „ein großes Vertrauen in meine bescheidene Person“, erklärte er einem belarusischen Nachrichtenportal gegenüber. (NÖK)

---

## Erzbischof Kondrusiewicz reicht Antrag auf Pensionierung ein

23. Dezember 2020. Belarus

Der katholische Erzbischof Tadeusz Kondrusiewicz von Minsk-Mahiljou wird demnächst beim Papst seinen Antrag auf Versetzung in den Ruhestand einreichen. In einem [Interview](#) mit der Katholischen Informationsagentur (kai) in Polen verwies er darauf, dass er am 3. Januar 2021 75 Jahre alt werde. Eine Verlängerung seiner Amtszeit hänge allein vom Papst ab.

Der Erzbischof lebt zurzeit im polnischen Sokółka an der belarusischen Grenze, nachdem ihm [am 31. August die Wiedereinreise nach Belarus](#) verweigert worden war. Er sei jedoch

in ständigem Kontakt mit seinen Weihbischöfen in Minsk und in Mahiljou und verfolge die gesellschaftspolitische Krise genau. Er habe sich nie mit Politik beschäftigt, sondern ausschließlich das Evangelium verkündet und die Soziallehre der Kirche umgesetzt, und dies tue die katholische Kirche in Belarus auch in Bezug auf die gesellschaftspolitische Krise: „Weder ich noch jemand aus unserer Kirche haben jemals zu Protesten aufgerufen, aber wir halten uns immer an die Soziallehre der Kirche und rufen zu einer friedliche Lösung von Konflikten auf. Wir sind gegen Lügen, Gewalt und Ungerechtigkeit, wie es in der katholischen Soziallehre heißt.“

Auf die [Proteste gegen die Verschärfung des Abtreibungsgesetz in Polen](#) angesprochen sagte Kondrusiewicz: „Wenn ich sehe, was sich auf polnischen Straßen abspielt, bin ich entsetzt. Freiheit ist eine große Gabe, aber auch eine große Aufgabe, und nicht jeder ist in der Lage, sie zu verstehen. Die Frage, wie man die Gabe der Freiheit weise nutzt, ist immer noch aktuell. Wenn wir bei Demonstrationen hören, dass die Kirche oder das Gesetz Gottes diese Freiheit einschränke, sogar beim freien Zugang zur Abtreibung, also bei der Tötung eines Menschen im Mutterleib, entsteht ein sehr ernstes Problem, wie man die Freiheit verstehen soll und wie man sie nutzt. Soll die Freiheit die absolute Freiheit eines autonomen Individuums sein, oder sollte sie durch das Wohl oder das Leid anderer sowie das Gemeinwohl der gesamten Gemeinschaft begrenzt sein?“

In seinem [Hirtenbrief zum Weihnachtsfest](#) schreibt Kondrusiewicz: „Belarus erlebt eine noch nie dagewesene gesellschaftspolitische Krise in seiner Geschichte, die seit fünf Monaten andauert und nicht enden kann. Was ist die Ursache und warum dauert es so lange? Unter den vielen Antworten, die von Politikern, Ökonomen und gesellschaftlichen Akteuren angeboten werden, ist es wichtig festzustellen, dass die Hauptursache der Krise die Abwesenheit Jesu in unseren Herzen ist mit seinem Gebot, Gott und den Nächsten zu lieben (Mk 12, 28–31), sogar unseren Feinden zu vergeben (Lk 23,34), gerecht zu sein (vgl. Mt 5,6). Wir sollten unser Vaterland als eine Zivilisation des Lebens und der Liebe aufbauen. Wir werden dies nicht mit Hass und Gewalt tun, sondern mit gegenseitiger Liebe, weil wir uns selbst nicht verachten können.“

*Regula Zwahlen*

---

## **Papst sendet Sonderbeauftragten zu Lukaschenka**

23. Dezember 2020. Belarus

Papst Franziskus hat Erzbischof Claudio Gugerotti nach Belarus geschickt, um [seine „Besorgnis über die aktuelle Situation im Land auszudrücken“](#). Gugerotti, der zurzeit Apostolischer Nuntius in Großbritannien ist, traf sich am 17. Dezember im Auftrag des Papstes mit Alexander Lukaschenka. Von 2011 bis 2015 war er Botschafter des Hl. Stuhls in Belarus, seit September 2020 ist Bischof [Ante Jozić](#) Nuntius in Belarus.

Als letzter Vertreter des Vatikans hatte im September Erzbischof Paul Richard Gallagher, der vatikanische Außenbeauftragte, Minsk besucht und den belarusischen Innenminister getroffen. Sein Besuch erfolgte, nachdem Erzbischof Tadeusz Kondrusiewicz, das Oberhaupt der römisch-katholischen Kirche in Belarus, an der [Rückreise aus Polen nach Belarus gehindert](#) worden war. Kondrusiewicz hatte für die Protestierenden Partei ergriffen und befindet sich noch immer im Exil.

Wenige Tage nach dem Treffen zwischen Lukaschenka und Gugerotti [erklärte Innenminister Vladimir Makej](#) gegenüber Journalisten, die Frage von Kondrusiewiczs Rückkehr werde gelöst werden. Lukaschenka respektiere Papst Franziskus und begeistere sich für dessen Tätigkeit. Aufgrund dieser Gefühle und der guten persönlichen Beziehung



halte es Lukaschenka für möglich, auf die Bitte von Papst Franziskus einzugehen und die „entsprechende Anweisung zu geben, dass eine Lösung unter Berücksichtigung aller bestehenden rechtlichen Mechanismen gefunden wird“. Die bevorstehenden Feiertage seien ein zusätzliches Argument zugunsten einer Lösung, „ungeachtet einer Reihe negativer Aspekte, die mit dieser Person verbunden sind“.

Anfang Dezember hat zudem die belarusische Oppositionsführerin [Svjatlana Tsichanouskaja mit einem Brief Papst Franziskus](#) um Unterstützung gebeten. Am 16. Dezember nahm Tsichanouskaja im Namen des Koordinierungsrats in Brüssel den [Sacharov-Preis 2020](#) entgegen. Den Preis des Europäischen Parlaments für geistige Freiheit erhielt der Koordinierungsrat, ein von Oppositionellen zusammengestelltes Gremium, das den Machtwechsel in Belarus erleichtern soll. David Sassoli, Präsident des Europäischen Parlaments, erklärte, die belarusischen Oppositionsvertreter seien für ihren Mut, ihre Ausdauer und Entschlossenheit im Kampf für Meinungs- und Gedankenfreiheit ausgezeichnet worden.

Vier der größten Glaubensgemeinschaften in Belarus veröffentlichten am 22. Dezember ein [gemeinsames Statement zum Frieden](#). Unterschrieben ist das Dokument von Metropolit Veniamin (Tupeko), dem Oberhaupt der Belarusischen Orthodoxen Kirche, Bischof Ante Jozić, Mufti Abu-Bekir Schabanovitsch, dem Vorsitzenden der muslimischen religiösen Vereinigung in Belarus, und dem Hauptrabbiner der Vereinigung der jüdischen Gemeinden, Deutsch Schnejer Zalaman. Im Blick auf die bevorstehenden Feiertage erklärten sie, „Frieden auf der Erde“ sei die „Hauptaufgabe und -lektion des menschlichen Lebens“. Deshalb hätten ihre Vorfahren ihre Kirchen in derselben Straße gebaut und die Heimat gemeinsam verteidigt. Das Verständnis von Frieden und Nächstenliebe sei „allen Religionen gemeinsam“. Deshalb riefen sie zum Jahresende zu „Frieden, Vergebung und Versöhnung“ auf, und dazu, „Kränkungen zu vergessen und weiterhin unser gemeinsames Haus erneut und zusammen zu bauen“. (NÖK)

---

## Dokument: Offener Brief an die Christen in Belarus

10. Dezember 2020. Hintergrund



### **Liebe Brüder und Schwestern, Christen des schwergeprüften belarussischen Landes!**

Wir, die Unterzeichnenden, Geistliche und Laien der Russischen Orthodoxen Kirche (ROK), anderer Lokalkirchen, Gläubige der römisch-katholischen Kirche sowie Christen anderer in Russland und anderen Ländern lebender Konfessionen, wenden uns mit diesen Worten der Solidarität, der Unterstützung und des Trostes an Euch.

Eine rechtliche Bewertung gesellschaftlicher Ereignisse ist die Angelegenheit von Juristen und nicht der kirchlichen Gemeinschaft. Doch nach den Grundlagen der Sozialdoktrin der ROK kann sie nicht „aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens“ isoliert und des „Rechts auf Bewertung der Tätigkeit der Staatsgewalt“ beraubt werden (III.3.), und insbesondere nicht deren moralischer Bewertung.

Jeder von uns weiß aus Erfahrung, dass „die Welt unter der Macht des Bösen steht“ (1 Joh 5,19). [...] Die Ereignisse in Eurem Land in den letzten Monaten erlauben es uns jedoch nicht, sie still und gleichgültig zu beobachten. Durch politische Grenzen getrennt,

sind wir Orthodoxen Glieder desselben Leibes Christi, und [...] „wenn ein Glied leidet, leiden alle Glieder mit“ (1 Kor 12,26).

Am 16. August veröffentlichte der Synod der Belarusischen Orthodoxen Kirche einen Appell, der insbesondere sagte: *„Wir glauben und hoffen, dass die Führung des Landes, die rechtlich den Auftrag hat, ihr Volk zu respektieren und zu schützen, die Gewalt stoppen und die Stimmen der beleidigten und unschuldig leidenden Opfer während der Zeit des Widerstands hören wird, und diejenigen, die Gräueltaten und Grausamkeiten vollbracht haben, einem rechtmäßigen Urteil und einer Verurteilung zuführen wird.“* Das ist nicht passiert. Keiner von denen, die „Gräueltaten und Grausamkeiten“ begingen, wurde verurteilt; im Gegenteil, der Grad der Gewalt nimmt nur zu. Hunderte Fälle von Verletzungen in Polizeistationen und Untersuchungshaftanstalten sind dokumentiert. [...] So lautet das Zeugnis von Priester Alexander Kuchta [...]: *„Ich war dort und sah mit eigenen Augen die geschlagenen Menschen, die während der Haft geschlagen, in einem Polizeibus und im Gefängnis gefoltert wurden. Sie folterten mit Fäusten, Schlagstöcken und mit Elektroschocks. Sie gaben ihnen drei Tage hintereinander nichts zu essen, sie hielten 40 Menschen draußen oder in Zellen auf einer Fläche von 5x6 Metern (sie schliefen im Stehen) und schlugen sie regelmäßig. Einfach so. Ohne Grund. Weil sie es können... [...]. Wozu? Warum?“* Seit Anfang August sind mehrere Menschen gestorben, darunter der 31-jährige Raman Bandarenka, der nach seiner Inhaftierung zu Tode geprügelt wurde. In Erwartung des Festes der Geburt Christi erinnern wir uns mit besonderer Schärfe und Schmerz an die Geschichte des Königs von Juda, der viele junge Leben zerstört hat, getrieben von der Angst, die Macht zu verlieren. [...]

Diener der Kirche Christi, die ihre Stimme gegen Lügen und Gewalt erheben, werden in Belarus unter Druck gesetzt und bedroht. „Der Staat wird dem nicht gleichgültig zuschauen“, „die Strafverfolgungsbehörden müssen ihnen eine Lektion erteilen“ – diese Richtlinien der Regierung werden umgesetzt. Dem Erzbischof der römisch-katholischen Kirche Tadeusz Kondrusiewicz, der sich mit dem Appell an die Behörden wandte, einen Dialog aufzunehmen und die Gewalt zu stoppen, wurde die Einreise verboten. Priester Uladzimir Drabyscheuski, ein [orthodoxer] Geistlicher der Eparchie Homel, wurde für das Halten eines Plakats mit Newtons Porträt und seiner Formel „Auf jede Aktion folgt eine Reaktion“ sowie für die Teilnahme an einer friedlichen Demonstration insgesamt 25 Tage lang festgenommen. Priester Alexander Bogdan, ein Geistlicher der Eparchie Hrodno, wurde verwarnet, weil er am 13. September zum Gedenken an den verstorbenen Museumsdirektor Kanstanzin Schyschmakov Blumen niederlegte, der sich geweigert hatte, das endgültige Abstimmungsprotokoll zu unterzeichnen, und später tot aufgefunden wurde. Nach der Zerstörung des spontanen Denkmals am Ort der Gefangennahme von Bandarenka in Minsk am 15. November, schrieb der Leiter der Synodalabteilung für Information der BOK, Erzpriester Sergij Lepin, auf seiner Facebook-Seite: *„Ich verstehe diese Verhöhnung des Porträts des ermordeten Mannes, der Blumen zu seiner Erinnerung nicht, warum dieses satanische Zertrampeln von Lämpchen und Ikonen, warum dieser Kampf gegen ein spontanes Denkmal draußen auf den Straßen ...? Was ist der Sinn? Nicht bewilligt, was? Aber dieses Verhalten und diese Einstellung – ist das etwa bewilligt? Von wem?“* Allein diese Infragestellung kostete den Priester eine offizielle Warnung der Staatsanwaltschaft [...] Dieselbe Warnung erhielt der katholische Bischof Jurij Kasabuzki für seine kritischen Äußerungen zu demselben Thema.

Wir möchten den Bischöfen, Priestern und allen Christen, die ungeachtet der Gefahr an die Freiheit und Würde der menschlichen Person erinnern, die nach dem Ebenbild Gottes geschaffen wurde, unsere Solidarität, Unterstützung und unseren tiefen Respekt zusichern. [...]. Leider sind heute viele davon überzeugt, dass die Kirche immer auf der Seite derer steht, die die Macht haben, dass sich die Kirche immer an sie anpasst und ihren Interessen dient. Euer Dienst zeigt, dass das nicht stimmt. Die auf YouTube veröffentlichte Predigt von Erzbischof Artemij von Hrodna erwärmte die Herzen von zehntausenden Menschen. Geistliche und Laien, Männer und Frauen – ihr alle handelt im Namen der Liebe, und das ist die größte Macht der Welt.

Wenn man an Euch denkt, erinnert man sich unmittelbar an die Worte, die Patriarch Tichon (Bellavin) ein Jahr nach der Oktoberrevolution an den Rat der Volkskommissare richtete: *„Wir wissen, dass Unsere Ermahnungen bei Euch nur Bosheit und Zorn hervorrufen und dass ihr in ihnen nur Gründe suchen werdet, uns der Machtwidersetzung zu beschuldigen, doch je höher eure „Säule der Bosheit“ wird, desto zuverlässiger wird sie von der Rechtmäßigkeit unserer Ermahnungen zeugen. [...]“* Jede Manifestation Eures freien Geistes wird Bosheit und Zorn hervorrufen, aber für Christen gibt es keinen anderen Weg. Lasst Euch von den Beispielen der Heiligen Ambrosius von Mailand, Johannes Chrysostomus, Philipp von Moskau und vielen anderen stärken, die keine Angst hatten, das Böse und die Unwahrheit der Machthaber aufzudecken [Lk 11,33].

Wir erheben unser Gebet für Belarus, in der Hoffnung, dass niemand mehr aufgrund seiner Überzeugungen gedemütigt, geschlagen, gefoltert oder getötet wird. Wir beten für diejenigen, die bei der Ausführung von Befehlen Gewalt und Waffen gegen Demonstranten einsetzen. Möge jeder, der Uniform und Waffen trägt, Gewissen, Ehre und Würde, Verantwortung gegenüber Mitbürgern, gegenüber seinen Brüdern und Schwestern erhalten.

Wir glauben, dass ein friedlicher Dialog die einzige Alternative zu Gewalt ist. Auf dem Weg zum Fest der Geburt Christi wissen wir, dass wir zusammen mit Euch allen, die in Minsk, Hrodna, Homel, Brest, Mahiljou, Wizebsk, in kleinen Städten und Dörfern leben, sehr bald dem göttlichen Christuskind begegnen und die Worte in einer Winternacht hören werden:

Ehre sei Gott in der Höhe, Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen!

**Quelle:**

<https://www.pravmir.ru/pismo-svyashhennikov-i-miryan-k-hristianam-belarusi/>

Unterschriftenliste (Sammlung beendet):

[https://docs.google.com/spreadsheets/d/1s5ahLSKEikudQdzBUx9\\_paShGahHfYS2xOOClv1pePU/edit#gid=2001690635](https://docs.google.com/spreadsheets/d/1s5ahLSKEikudQdzBUx9_paShGahHfYS2xOOClv1pePU/edit#gid=2001690635).

Übersetzung aus dem Russischen: Regula Zwahlen.

Bild: Ökumenische Prozession am 14. August 2020.

---

## **Dokument: Geschwisterliche Gemeinschaft: Eine Vision für ein neues Belarus**

10. Dezember 2020. Hintergrund



### **Geschwisterliche Gemeinschaft: Eine Vision für ein neues Belarus Svjatlana Tsichanouskajas Brief an Papst Franziskus**

Eure Heiligkeit,

Mein Brief ist eine Antwort auf die Einladung zum Dialog, zu dem Sie alle Menschen guten Willens in Ihrer neuen Enzyklika „Fratelli Tutti“ aufrufen. Dieser Brief ist von Ihrem vorgeschlagenen „Traum einer geschwisterlichen Gemeinschaft“ (§ 4) inspiriert, in der wir „die Würde jedes Menschen anerkennen und bei allen ein weltweites Streben

nach Geschwisterlichkeit zum Leben erwecken“ (§ 8). In diesem Brief möchte ich die Träume des belarusischen Volks teilen, die es „zusammen träumt“ und die „zusammen gebaut“ werden (§ 8) – Träume, in denen die Vision einer geschwisterlichen Gemeinschaft wiederholt, und Wege der Umsetzung, was Sie in Ihrer Enzyklika diskutieren. Ich möchte diese Träume teilen, aber auch die Hindernisse und Schwierigkeiten, die uns unterwegs begegnen. Daher beinhaltet mein Brief auch viele Fragen.

Während Jahrzehnten war die belarusische Gesellschaft der schlimmsten Form der Entfremdung unterworfen, die in der Enzyklika als „keine Wurzeln zu haben und zu niemanden zu gehören“ (§ 53) identifiziert wird. Das belarusische Volk hat seit Urzeiten dank gemeinschaftlicher Solidarität und Selbstorganisation überlebt, eine ihrer Formen, die Talaka, war unter den Belarussen weit verbreitet. Aber nachdem sie Jahrhunderte von Kriegen, Armut, Unterdrückung, Repressionen und verschiedenen Katastrophen, darunter der Unfall im Kernkraftwerk von Tschernobyl, überlebt hatten, wählten die Belarussinnen und Belarussen Mitte der 1990er Jahre eine Regierung, die Stabilität und Sicherheit versprach. Wie sich herausstellte, war der Preis die Freiheit, das Recht zu Wählen und die Unabhängigkeit

Die aktuellen staatlichen Behörden, die nach dem Prinzip einer rigiden Hierarchie arbeiten, bei der sich die Macht in den Händen einer Person konzentriert, haben auf jede Art Ausdrucksformen von Gemeinschaft und Solidarität, außer den von oben genehmigten, verhindert. Jedwede gemeinsame Aktion innerhalb von Vereinigungen – ob von NGOs, religiösen Gemeinschaften, politischen Parteien oder Gewerkschaften – wurde entweder verboten oder streng kontrolliert und unterdrückt. Die Worte „Demokratie, Freiheit, Gerechtigkeit [und] Einheit“ (§ 14) und sogar das Wort „Volk“ (§ 157) wurden ständig in den Mund genommen, wurden aber als leere Geräusche und Demagogie wahrgenommen, weil sie zur Manipulation, als Herrschaftsinstrumente und als Rechtfertigung für Täuschung, Grausamkeit und Gewalt benutzt wurden.

Es kam zu einer vollständigen Entfremdung des Volks – der Menschen, die die Quelle der Souveränität sind – vom Staat, vom Bereich der Entscheidungsfindung. Diejenigen, die versuchten, etwas zu sagen, Veränderungen zu bewirken, eine Alternative zu bieten, wurden Repressionen unterworfen: Aktivisten, Menschenrechtsverteidiger und Politiker wurden von den Universitäten verwiesen, von der Arbeit entlassen und verhaftet. 2010 wurden sieben von zehn Präsidentschaftskandidaten festgenommen, einige von ihnen verbrachten Monate oder Jahre in Haft. Einerseits konnte die Teilnahme an politischen Aktivitäten und die Äußerung der eigenen Meinung und Position nichts beeinflussen oder ändern, andererseits war es ein großes Risiko für einen selbst, die eigene Familie, die eigene Gemeinschaft, die eigenen Angelegenheiten. Passivität, diktiert von Machtlosigkeit und Angst, hat die belarusische Gesellschaft dominiert und wurde in der Sprache des Regimes „Frieden“ genannt. In der Tat wurde die belarusische Gesellschaft schrittweise atomisiert und individualisiert, „eine bloße Summe von Individuen“ (§ 157).

Als die ganze Welt begann, der Coronavirus-Pandemie entgegenzutreten, vertrauten die Behörden von Belarus auf die Strategie, das Problem zu ignorieren, während Ärzte, Krankenschwestern und anderes Gesundheitspersonal, die ihr Leben aufs Spiel setzten, um die neue Krankheit zu bekämpfen, völlig ungeschützt blieben. Nach dem Unfall in Tschernobyl in den späten 1980er Jahren verheimlichte die sowjetische Regierung Informationen über das wahre Ausmaß des Unglücks und ergriff keine Maßnahmen, um die Auswirkungen der Strahlung auf die öffentliche Gesundheit und das Leben zu verhindern; ebenso haben die staatlichen Behörden jetzt während dieser Pandemie versucht, die Menschen zu überzeugen, dass es keine Gefahr gibt, dass die Situation unter Kontrolle ist, dabei haben sie die Kranken- und Totenzahlen unterschätzt, Missachtung gegenüber dem gesunden Menschenverstand und der wissenschaftliche Forschung gezeigt und, am wichtigsten, Geringschätzung für das Leben und die Menschenwürde ihrer Bürger an den Tag gelegt. Im Gegensatz dazu haben die



belarusischen Bürgerinnen und Bürger sich angesichts dieses gemeinsamen Kampfs in Freiwilligeninitiativen zusammengeschlossen, um dem medizinischen Personal zu helfen; die Solidarität der Menschen mit dem Gesundheitspersonal während Covid-19 ist ein Paradebeispiel für ihren Sinn für die humanitäre Mission.

Im Juni 2020 hatten Hunderttausende Einwohner von Minsk an mehreren Tagen keinen Zugang zu Trinkwasser, nachdem ein ernster Unfall passiert war und giftige Stoffe ins Wasserversorgungssystem gelangt waren. Eine übelriechende Flüssigkeit, völlig ungeeignet zum Trinken, kam aus den Wasserhähnen in den Häusern der Menschen. Anstatt den Zugang zur Wasserversorgung zu organisieren, bestritten die Behörden die Existenz des Problems und verbreiteten falsche Informationen über die Wasserqualität. Aber wiederum vereinten sich die Menschen selbst in einem großen Netzwerk gegenseitiger Hilfe und transportierten Wasser von einigen Vierteln in andere.

Das führte einerseits dazu, dass das öffentliche Vertrauen in die staatliche Führung komplett untergraben und offensichtlich wurde, dass die staatliche Politik auf Lügen basiert und öffentliche Organe, statt den Menschen zu helfen, bereit sind, Gesundheit und Leben zu opfern. Andererseits wurde aus der gegenseitigen Unterstützung und Solidarität eine Vision von Gemeinschaft, Bruderschaft und Schwesternschaft geboren. Das belarusische Volk, zuvor gespalten, hat verstanden, dass eine solche Gemeinschaft ein Wert und ein Ideal ist, die nicht nur in der Zukunft angestrebt werden sollten, sondern jetzt auf der Ebene der Zivilgesellschaft ungeachtet der Hindernisse seitens staatlicher Institutionen und angesichts von Gesetzlosigkeit und einem autoritären politischen Regime umgesetzt werden sollte.

Während der jüngsten Wahlkampagne hatten viele Menschen den Traum und die Vision einer Gesellschaft, in der die Stimme von allen eine Rolle spielt, „in der im Zentrum allen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Handelns“ der Mensch steht, der die „höchste Würde“ genießt (§ 232), in der Konflikte nicht versteckt und zum Schweigen gebracht werden, sondern „durch Dialog und transparente, aufrichtige und geduldige Verhandlungen“ (§ 244) gelöst werden, in der es Raum für einen echten Dialog gibt, ohne „leere Diplomatie, Verstellung, Doppelzüngigkeit, Verheimlichung und gute Manieren, die die Realität verschleiern“ (§ 226).

Der Wunsch nach Einheit und Solidarität sowie die entstandene Selbsterkenntnis des Volkes, das – trotz der Zugehörigkeit zu unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen, trotz unterschiedlicher politischer Einstellungen und unterschiedlicher geopolitischer Orientierungen und von individuellen Interessen motiviert ist – ein gemeinsames Ziel und Sehnsucht hat, ist zum Ansporn der Geburt einer politischen Gemeinschaft geworden. Im Zusammenkommen angesichts einer geteilten Notlage hat das Volk klar die kreative Kraft von Solidarität und gegenseitiger Unterstützung erkannt.

Die Behörden haben wie gewohnt den Prozess der Vereinigung und politischer Aktivierung behindert, indem sie Anführer aufgrund erfundener Anschuldigungen ins Gefängnis warfen (mein Mann, Sjarhej Tsichanouski, war darunter), indem sie sich weigerten, die für die Nominierungen zur Präsidentschaftswahl gesammelten Unterschriften anzuerkennen, und indem sie die Gesellschaft behinderten, Wahlkommissionen zu bilden und den Wahlprozess zu beobachten. Als Reaktion auf diese Repression entwickelt sich immer mehr Solidarität und Selbstorganisation innerhalb der Gesellschaft. Mit der Überwindung der Angst und der gewohnten Trägheit vereinigten sich die Menschen zu einem gemeinsamen Kampf für ehrliche, faire und transparente Wahlen.

Gläubige und Geistliche der römisch-katholischen Kirche waren sehr aktiv an diesem Prozess beteiligt: auf Initiative von Artjom Tkaczuk, einem Missionar und Sozialarbeiter, wurde die Kampagne „Ein Katholik fälscht nicht“ lanciert. Ihre Aufgabe war, in der breiten katholischen Gemeinschaft die Idee zu fördern, dass faire Wahlen nicht nur eine

politische, sondern auch eine moralische Frage sind, die mit dem Glauben und dem Leben entsprechend dem eigenen Glauben zu tun hat.

Ungeachtet ihrer politischen Überzeugungen sind die Menschen von ihrem Wunsch nach fairen, transparenten und demokratischen Wahlen auf dem Weg zu Wandel, auf dem Weg zu Gerechtigkeit, auf dem Weg zum Allgemeinwohl vereint worden. So kam es, dass ich, Svjatlana Tsichanouskaja, eine gewöhnliche belarusische Frau, die sich wie die meisten Belarusen nicht für Politik interessierte, passiv und hauptsächlich mit der Erziehung meiner Kinder beschäftigt war, diese Mission übernehmen musste, die Anführerin der Bewegung für faire und gerechte Wahlen zu werden. Maryja Kalesnikava und Veranika Tsapkala teilten dieses Schicksal mit mir. Jede von uns hat diesen Weg nicht um der Macht willen eingeschlagen, sondern um den Glauben wiederherzustellen, dass die Stimme von jedem menschlichen Wesen bedeutsam ist, dass Solidarität Wunder bewirken kann, dass Liebe und Gewaltlosigkeit stärker als Gewalt sind.

Dieser Weg war nicht einfach für uns. Das belarusische Volk hat das Schicksal des Reisenden von Jerusalem nach Jericho aus dem Gleichnis des barmherzigen Samariters erlitten (Lukas 10,25-37): „Er fiel unter die Räuber, die zogen ihn aus und schlugen ihn und machten sich davon und ließen ihn halbtot liegen.“ Die Belarussin und Belarusen wurden ausgeraubt: ihre Stimmen in den Wahlen und ihr Recht, die Wahrheit über die Wahlergebnisse zu kennen, wurden gestohlen. „Es gibt nur einen Ausweg“, sagte Bischof Aleh Butkevitsch zum belarusischen Volk: „Wir müssen die Wahrheit suchen!... Aber die Wahrheit wird nicht sein, wo Gewalt ist.“<sup>[1]</sup> Erzbischof Tadeusz Kondrusiewicz unterstützte die Menschen bei ihrer legitimen Suche nach Wahrheit: „Menschen haben ein Recht, die Wahrheit zu kennen, die nicht jemandes politischen oder wirtschaftlichen Interessen geopfert werden kann.“<sup>[2]</sup>

Getrieben von der Suche nach der Wahrheit über die Wahlergebnisse, ohne bei der Stimmauszählung anwesend sein zu dürfen, gingen die Menschen zu einer friedlichen Demonstration hinaus. Als Reaktion darauf wurden Bürger\*innen, Journalist\*innen und Passanten mit Blendgranaten und Gummigeschossen beschossen, geschlagen, verhaftet, gefoltert, unmenschlich und entwürdigend behandelt und ihre Kinder wurden gewaltsam in Waisenhäuser weggebracht. Die Gesundheit Tausender von Menschen wurde ernsthaft verletzt und einige Belarusen verloren sogar ihr Leben – Aljalexandr Taraykouski, Henadz Shutau, Aljalexandr Vichor, Kanstantsin Schyschmakou, Mikita Kryutsou und Raman Bandarenka. Belarusen, blutig, mit ausgeschlagenen Zähnen, mit aufgerissenen Bäuchen, mit gebrochenen Armen und Beinen, verletzt, nicht einmal fähig vor Schmerz zu schreien, wurden auf den Boden von Gefangenentransportern, auf den Boden in den Höfen von Polizeistationen und auf die Betonböden von Gefängnissen geworfen und fühlten sich völlig hilflos.

Als Reaktion auf diese schreckliche Gewalt gingen Frauen auf die Straßen belarusischer Städte; dann folgten Ärzte, Musiker, Athleten, Wissenschaftler, Studierende, Rentner und Menschen mit Behinderungen. Erzbischof Artemij von Hrodna von der Belarussischen Orthodoxen Kirche nannte den Frauenprotest – an dem Frauen, Mütter und Schwestern von geschlagenen Männern, Söhnen und Brüdern mit Blumen und Lächeln auf die Straße gingen – ein wahres Wunder, die Umsetzung des spirituellen Gesetzes: „Lass dich nicht vom Bösen besiegen, sondern besiege das Böse durch das Gute“ (Röm 12,21). So brachte die Liebe den „Frieden zurück und stoppte die Gewalt“, sie wurde zu einer heilenden Macht „von den Giften des Bösen und der Aggression“<sup>[3]</sup>. Petra Bosse-Huber, eine Bischöfin der Evangelischen Kirche in Deutschland, sah in den mutigen Belarussin, die dem Weg von Frieden und Liebe folgen und das Prinzip dieses spirituellen Gesetzes anwenden, „das Bild der schützenden und schirmenden Maria“<sup>[4]</sup>. Der römisch-katholische Bischof Juryj Kasabutski verglich die Belarussin ebenfalls mit Maria, die ohne Angst neben dem Kreuz stand und auf das Leiden ihres Sohnes blickte: „Ihr nehmt die Blumen, ihr kamt heraus, ihr standet, ihr zeigtet der Welt, was alle Menschen verwirrte... Euer Lächeln – ihr habt alle verblüfft; alle standen unter Schock...“

Ihr kamt heraus und ihr habt begonnen, das Böse mit dem Guten zu überwinden... Ihr könntet den Teufel besiegt haben, ohne es zu wissen... Unsere belarusischen Mädchen, Frauen, unsere Töchter, Schwestern, Frauen, Mütter, Großmütter – ihr seid die Helden unserer Zeit.“<sup>[5]</sup>

Christinnen waren auch unter den ersten, die besondere Gebete für Belarus inmitten einer wachsenden Welle von Gewalt und Gesetzlosigkeit gegen friedliche Protestierende organisierten. Am 12. August begann die Katholikin Irena Bernatskaja aus der Stadt Lida, täglich den Rosenkranz in der Form der Pompejischen Novene für Frieden in Belarus zu beten, wofür sie am 16. Oktober zu einer großen Buße verurteilt wurde. Am 13. August initiierten mehrere orthodoxe Frauen aus Minsk ökumenische Gebete im Stadtzentrum, auf dem Platz zwischen der orthodoxen Heilig-Geist-Kathedrale und der katholischen Mariä-Namen-Kathedrale. Orthodoxe, Katholiken und Protestanten beteten zusammen und gingen dann in einer Prozession mit Bannern, Ikonen und Bibeln durch die Straßen der Stadt. Eine Gruppe von gläubigen Frauen in Minsk geht auch jeden Abend hinaus, um den Rosenkranz für Belarus und für die Rückkehr von Erzbischof Tadeusz Kondrusiewicz aus dem Exil zu beten. Die junge griechisch-katholische Gläubige Marysia Bulatouskaja aus Witebsk wurde gebüßt, weil sie in der Nähe einer friedlichen Prozession war und betete. Am 4. Oktober kniete eine ältere Gläubige aus Brest, Elena Gnauk, zwischen den Protestierenden und der Polizei und betete für Frieden und wurde dafür mit 18 Tagen Haft bestraft, ihr droht nun ein Strafverfahren.

Viele Priester verschiedener Kirchen agierten wie der Priester und der Levit im Gleichnis; sie gingen nicht vorbei, aus Angst durch „weltliche Angelegenheiten“ entweiht zu werden. Ihre Antwort war Gebet, Barmherzigkeit und das Erheben ihrer Stimmen gegen Gewalt und Gesetzlosigkeit.

Zwei große interreligiöse Gebete wurden in Minsk und Hrodna abgehalten. In Minsk fand am 19. August auf Initiative von Erzbischof Tadeusz Kondrusiewicz ein interreligiöses Gebet für Frieden in Belarus statt; der katholische Erzbischof hatte dieses Gebet angeregt, an dem Priester der katholischen, orthodoxen und protestantischen Kirchen sowie belarusische Juden und Muslime teilnahmen. In Hrodna wurde auf Initiative von religiösen Organisationen verschiedener Denominationen am 16. August im historischen Stadtzentrum eine interreligiöse Gebetsprozession mit Plakaten mit spirituellem Inhalt und gegen Gewalt, für eine friedliche Lösung der politischen Krise und die Freilassung der unschuldig Inhaftierten organisiert. Geistliche und Gläubige von fünf christlichen Konfessionen sowie Vertreter der jüdischen Gemeinschaft gingen auf die Straße.

Protestanten beteten täglich im Zentrum von Minsk und in vielen orthodoxen, katholischen und protestantischen Kirchen wurden besondere Gottesdienste abgehalten. In Hrodna läuteten die orthodoxen Kirchen jede Stunde ihre Glocken. Im September führte die römisch-katholische Kirche auf Initiative von Erzbischof Tadeusz Kondrusiewicz eine Wallfahrt zur Statue des Erzengels Michael, dem Schutzheiligen der römisch-katholischen Kirche in Belarus und Bezwinger des Bösen, zum Zweck einer schnellen Lösung der sozialen und politischen Krise durch. Unter Pavel, dem orthodoxen Metropoliten von Minsk, der der Initiative der gläubigen Frauen folgte, die mit den Gebeten nahe der Kathedrale begonnen hatten, wurden Gebete für Belarus ein tägliches Ereignis. Der neue Leiter der Belarusischen Orthodoxen Kirche, Metropolit Veniamin von Minsk, Pavels Nachfolger, rief die Gemeinde zwei Mal auf, während mehrerer Tage zu fasten. Gebete und Prozessionen fanden in vielen Gemeinschaften in ganz Belarus statt, obwohl sogar Gebete für Belarus gefährlich wurden: In Vaukavysk wurden ca. 15 Teilnehmer eines Gebets für Belarus, das in der orthodoxen Kirche der Hl. Method und Kirill durchgeführt wurde, festgenommen.

Priester zeigten auch Barmherzigkeit und drückten Solidarität mit den Leidenden aus. Seit den ersten Tagen des Protests schloss sich der griechisch-katholische Priester Ihar Kandratsieu den Protestierenden in Brest mit Gebeten und Worten der Unterstützung an,

verbrachte Tage auf den Straßen der Stadt und an den Mauern des lokalen Gefängnisses, wo er sich um die Freilassung der geschlagenen Gefangenen bemühte. Dafür wurde er unter Druck gesetzt und mit dem Verlust der Registration seiner Gemeinschaft bedroht. Orthodoxe, katholische und protestantische Priester trafen sich ebenfalls an den Mauern von Strafanstalten, wo Gefangene und Verhaftete festgehalten wurden. Im Zeltlager der Freiwilligen nahe des Akrestsina-Gefängnisses gab es eine Gebetsecke. In Hrodna und Minsk versuchten orthodoxe und katholische Priester den Gefangenen Wasser, Essen, Dinge des täglichen Bedarfs und Hygieneartikel zukommen zu lassen. Priester kamen ins Gericht – nach Vaukavysk kamen orthodoxe Priester aus verschiedenen Städten in Belarus, um ihren Kollegen, Priester Alexander Bogdan, zu unterstützen, dem zwei Mal der Prozess gemacht wurde. Priester von vier christlichen Konfessionen kamen an die Gerichtsverhandlung des bekannten Chirurgen und Gläubigen, Alexander Tsylyndz, nach Hrodna.

Einige Priester gingen auch hinaus, um offen gegen die Gewalt und Gesetzlosigkeit zu protestieren. Am 13. August ging der orthodoxe Priester Vladimir Drabyscheuski in Homel mit dem Plakat „Stoppt die Gewalt“ auf die Straße. Im September wurde er zwei Mal nacheinander verurteilt und für 25 Tage inhaftiert. Am ersten Abend nach den Wahlen am 9. August wurden zwei römisch-katholische Priester des Dehonianer-Ordens inhaftiert: Eduard Sinkevitsch (zehn Tage) und Alexander Fedotov (acht Tage). In verschiedenen Städten standen Priester in Solidaritätsketten und unterstützten friedliche Menschen und in Lida spendierten orthodoxe Priester Frauen Eiscreme. Viele öffneten die Tore von orthodoxen und katholischen Kirchen, damit friedliche Demonstranten vor der ungerechten Gewalt und Brutalität der Polizei fliehen konnten, und traten vor die Kirchen, um mit der Polizei zu sprechen (in Zhodzina, Lida, Hrodna und Minsk), aber das half nicht immer. So blockierte die Polizei am 26. August friedliche Demonstrant\*innen und Journalist\*innen in der Roten Kirche der Hl. Simeon und Helena in Minsk, und am 11. September wurden mehrere gläubige Frauen beim Eingang der Kirche brutal festgenommen.

Zudem posteten Priester in den sozialen Netzwerken und auf Blogs, hielten Predigten, sprachen in den Medien, schrieben Gedichte, aber – und das ist am wichtigsten – hörten sich zahlreiche Geschichten von Gewalt und Folter an, hielten Menschen an der Hand, umarmten sie, wischten ihre Tränen weg, weinten mit den Weinenden, trösteten die Trauernden, beteten für die körperlich und geistig Verwundeten, gewährten materielle Unterstützung und standen zu ihren Gemeindemitgliedern. In seinem Videoblog auf YouTube teilte Vjatscheslau Barok, ein römisch-katholischer Priester aus der Kleinstadt Rasony, zwei Mal wöchentlich seine Überlegungen zur Enzyklika „Fratelli Tutti“ und wandte die Soziallehre der Kirche auf unser tägliches Leben an. Am 12. November 2020 bestellte das lokale Untersuchungskomitee den Priester zum Verhör ein. Ihm droht nun eine Anklage.<sup>[6]</sup>

In ihren offiziellen Statements riefen die belarusischen Kirchen zu Dialog und Frieden auf. Am 16. August verkündete der Hl. Synod der Belarusischen Orthodoxen Kirche, die Gewalt müsse beendet werden.<sup>[7]</sup> Im August wandten sich 50 protestantische Pastoren an die Menschen in Belarus.<sup>[8]</sup> Dieser Versuch, zu einer friedlichen Lösung der Krise beizutragen, ist lobenswert. Der Haupttreiber des Dialogs, der auf verschiedenen Wegen eine „Architektur der Welt“ (§ 231), die funktionieren könnte, zu finden versuchte, war Erzbischof Tadeusz Kondrusiewicz.

Er äußerte sich als erster am 11. August, verkündete die Notwendigkeit eines Dialogs<sup>[9]</sup> und rief einige Tage später die Behörden auf, „einen konstruktiven Dialog mit der Gesellschaft aufzunehmen, die Gewalt zu beenden und alle unschuldigen Zivilisten, die an friedlichen Kundgebungen verhaftet wurden, freizulassen“<sup>[10]</sup>. Am 21. August initiierte Erzbischof Kondrusiewicz sogar ein Treffen mit dem Innenminister Juryj Karajev an, um persönlich Fragen zur ungehemmten Gewalt der Polizisten gegenüber Zivilisten zu stellen. Erzbischof Kondrusiewicz versuchte alle möglichen Mittel zu nutzen, um die

Situation zu lösen und Spannung abzubauen – durch Gebete, interreligiöse Zusammenarbeit, Aufrufe zum Dialog und Appelle an die staatlichen Behörden. Tadeusz Kondrusiewicz wurde zu einem Beispiel für einen religiösen Anführer unter denen, die berufen sind, „wahre Dialogpartner zu sein“ (§ 284). Er wurde zu einem Beispiel für einen „authentischen Mittler“, der, indem er seine Stimme zur Notwendigkeit des Dialogs erhebt, „sich bis zum Ende großzügig hingibt, wissend, dass sein einziger Gewinn der Frieden sein wird“ (§ 284). Er repräsentierte eine Kirche, die dient, die aufbricht, die aus ihren Kirchen herausgeht, die aus ihren Sakristeien herausgeht, um das Leben zu begleiten, die Hoffnung zu unterstützen und Zeichen der Einheit [...] zu sein [...], um Brücken zu spannen, Mauern zu durchbrechen und Versöhnung auszusäen“ (§ 276). Aber auf seine Worte über Frieden, Dialog, Barmherzigkeit, Wahrheit und Gewaltlosigkeit antworteten die Behörden mit Repression und sagten, dass es nicht Sache der Kirche sei, sich „in die Politik einzumischen“<sup>[11]</sup> – und der Erzbischof fand sich im Exil wieder, wo er sich jetzt seit mehr als zwei Monaten befindet.

Wir, das belarusische Volk, wollen Dialog. Für unseren Teil haben wir eine Dialogplattform geschaffen – den Koordinierungsrat, in dem maßgebliche Vertreter aus Politik, Wissenschaft, Kultur, Wirtschaft, Medien, Sport und Wohltätigkeit vertreten sind, und auch die religiösen Gemeinschaften waren zur aktiven Teilnahme eingeladen. Im Koordinierungsrat gibt es eine Arbeitsgruppe Christliche Vision, die von Theolog\*innen, Priestern und aktiven Gläubigen der orthodoxen, katholischen und protestantischen Kirchen geschaffen wurde. Sie ist ein Beispiel für ökumenische Kooperation und Dialog für das Allgemeinwohl.

Wir streben nach Wahrheit und Gerechtigkeit, einem Ende der Gewalt und der Freilassung der politischen Gefangenen sowie nach neuen, fairen, gerechten und demokratischen Wahlen. Dies ist nicht ein Kampf zwischen politischen Ideologien und Clans, Parteien und Gesellschaftsgruppen. Es ist der Wunsch, in einer Gesellschaft zu leben, die auf einem soliden Fundament von Wahrheit, Gerechtigkeit, Liebe und Dialog erbaut ist. Es ist nicht nur unser Recht, sondern es ist jetzt unsere Pflicht, weil Frieden und Vergebung nicht, wie Sie selbst sagen, Gerechtigkeit für diejenigen, die Ungerechtigkeit unterworfen sind, „verbieten“, die Verteidigung ihrer Recht nicht „verbieten“, „sondern sie sogar verlangen“ (§ 241).

Aber wie sollen wir diesen Dialog aufbauen? Wie können wir Gerechtigkeit fordern, wenn eine Partei – diejenige mit Waffen und Macht – gestohlene Stimmen nicht zurückgeben oder die Gerechtigkeit wiederherstellen oder die Gewalt und Repression beenden wird, sondern nur vorschlägt „weiterzugehen“, „das Kapitel abzuschließen“, die Ungerechtigkeit zu akzeptieren, weil sie sagt, es sei nötig, „vorwärts zu blicken“ (§ 249).

Wir blicken auch auf die Zukunft und träumen von der Zukunft, aber unsere Vision des neuen Belarus ist eine Vision einer geschwisterlichen Gemeinschaft der Solidarität und gegenseitigen Hilfe, die wir selbst erfahren haben und weiterhin erfahren und die unsere Hoffnungen für die Zukunft nährt.

Trotz aller Repression und Gewalt ist der Protest weiterhin friedlich; mehr noch, der Geist von gegenseitiger Hilfe und Solidarität wächst darin wie Hefe im Teig. Unsere Augen haben bereits gesehen, unsere Ohren haben schon gehört, unsere Hände haben schon berührt, unsere Münder hatten schon einen Vorgeschmack der Gemeinschaft, die Belarus sein könnte. Wir wissen, was wir wollen und wonach wir streben – ein neues geschwisterliches, vereintes, integratives Belarus, eines, das in unseren Stadtvierteln schon existiert, in denen Nachbarn einander gestern nicht kannten und sich heute zum Teetrinken versammeln, einander zu Kuchen einladen, zusammen singen und tanzen. Es existiert in der Wirtschaft: in privaten Medizinzentren, die Opfer von Polizeigewalt gratis untersuchen und behandeln, in Blumenläden, die Frauen Blumen geben, in Konditoreien, die Menschen Süßigkeiten spendieren, und in Werkstätten, die Autos gratis reparieren. Diese Gemeinschaft zeigt sich in einem Straßenchor von Rentner\*innen, die die



spirituelle Hymne „Mahutny Bozha“ (Allmächtiger Gott) singen, in Vorlesungen von Philosoph\*innen auf Spielplätzen, im aufrichtigen Gebet orthodoxer und protestantischer Gläubiger bei der Roten Kirche zur Unterstützung für den verbannten katholischen Erzbischof. Sie wird in Arbeiterteams, Vorlesungssälen, Kunstateliers, Gebetskreisen und Dorfkлубs geboren. Die Gesichter und Taten der friedlichen belarusischen Bewegung sind so unterschiedlich, „in die Millionen großer und kleiner Aktionen einfließen, die kreativ miteinander verbunden sind, wie in einem Gedicht“ (§ 169), aber wir alle leben mit einem Traum und einer Vision: der geschwisterlichen Gemeinschaft.

Drei Monate nach dem Beginn der Proteste geschah eine weitere Tragödie. Am 11. November wurde der 31-jährige Künstler und Aktivist Raman Bandarenka im Hof seines Hauses von Unbekannten entführt und landete auf dem Polizeiposten. Von dort wurde er im Koma in ein Krankenhaus gebracht, nachdem er schwer geschlagen worden war. Am nächsten Tag starb er. Ramans Tod schockierte die ganze belarusische Gesellschaft. Gläubige verschiedener Traditionen – orthodoxe, römisch- und griechisch-katholische, protestantische und andere – versammelten sich, um für seine Seele zu beten. An der Messe in der katholischen Kathedrale von Minsk waren nicht weniger Menschen als an Weihnachten und Ostern. Am Sonntag, 15. November, kamen Menschen aus ganz Minsk in den Hof, wo Raman gelebt hatte, um seiner zu gedenken. Doch die Behörden reagierten sehr scharf, mehr als tausend Teilnehmer der Trauerprozession wurden verhaftet und die spontane Gedenkstätte mit Kerzen und Blumen wurde zerstört. Es gibt immer mehr Opfer, aber der Staat sieht das Problem nicht; kein einziges Strafverfahren wurde gegen die Verantwortlichen für diese Gräueltaten aufgenommen. Stattdessen hat die Generalstaatsanwaltschaft Vikarbischof Juryj Kasabutski und Vater Sergey Lepin, den Pressesekretär der Belarusischen Orthodoxen Kirche, mit einer Warnung bestraft, weil sie die Zerstörung des Mahnmals öffentlich verurteilt hatten. Der Tod von Raman und das Leiden all der Menschen lässt uns nicht aufhören, sondern lässt uns nach Antworten auf unsere Fragen suchen...

Wie viel länger müssen wir diesen Weg noch gehen? Wie viele werden noch verhaftet, entlassen, geschlagen und des Landes verwiesen werden, bis unsere Stimme von den Behörden gehört wird? Wer wird uns helfen, uns zu erheben und unsere Wunden zu heilen? Wer wird uns helfen, die Gerechtigkeit wiederherzustellen? Wann wird Erzbischof Tadeusz Kondrusiewicz, der versuchte, die Stimme der Kirche und des Volks zu sein, nach Belarus zurückkehren? Wird es der Stimme der Kirche und der Stimme des Volks gelingen, gepanzerte Autoscheiben, die Schilder der Polizei und das ausgeschaltete Internet zu durchbrechen? Welches prophetische Wort hat die Macht, diese Mauern einzureißen und Brücken zu bauen?

Im Namen des belarusischen Volks bitten wir Sie um Ihre heiligen Gebete und Ihr aufrichtiges Wort der Wahrheit und Gerechtigkeit, das für uns alle ein Segen sein wird,

Svjatlana Tsichanouskaja  
Anführerin des demokratischen Belarus

Übersetzung aus dem Englischen: Natalija Zenger.

Bild: Svjatlana Tsichanouskaja im Juli 2020. (© Serge Serebro, Vitebsk Popular News, [CC BY-SA 4.0](#))

[1] <https://catholic.by/3/news/belarus/11996-vyjstse-adno-shukats-pra-du-b-skup-v-tsebsk-aleg-butkev-ch-vystup-sa-zvarotam-z-nagody-masavykh-pratesta-u-kra-ne>.

[2] <https://catholic.by/3/news/belarus/12014-zvarot-artsyb-skupa-tadevusha-kandrusevcha-da-dzyarzha-nykh-ulada-respubl-k-belarus>.

<sup>[3]</sup> <https://belarus2020.churchby.info/obrashhenie-arxiepiskopa-artemiya-grodnenskogo-i-volkovysskogo/>; <https://belarus2020.churchby.info/offentlicher-appel-von-artemij-erzbischof-von-grodno-und-volkovysk/>.

<sup>[4]</sup> <https://www.ekd.de/bild-der-schuetzenden-und-schirmenden-maria-ist-wie-ein-vorbild-59577.htm>.

<sup>[5]</sup> <https://belarus2020.churchby.info/kazan-biskupa-yuryya-kasabuckaga-generalnaga-vikaryya-minska-magilyo%25D1%259Eskaj-arxidyyacezii-5-09-2020/>.

<sup>[6]</sup> <https://www.youtube.com/watch?v=CajfYcdOQzg>.

<sup>[7]</sup> <http://www.church.by/news/obrashenie-sinoda-belorusskoj-pravoslavnoj-cerkvi-k-narodu-respubliki-belarus-o-prekrashenii-narodnogo-protivostojanija>.

<sup>[8]</sup> <https://belarus2020.churchby.info/otkrytoe-obrashhenie-evangeliskix-protestantskix-cerkvej-k-narodu-belarusi/>.

<sup>[9]</sup> <https://catholic.by/3/news/belarus/11991-zvarot-artsyb-skupa-tadevusha-kandrusev-cha-suvyaz-sa-skladana-j-gramadska-pal-tychnaj-s-tuatsyyaj-u-belarus>.

<sup>[10]</sup> <https://catholic.by/3/news/belarus/12014-zvarot-artsyb-skupa-tadevusha-kandrusev-cha-da-dzyarzha-nykh-ulada-respubl-k-belarus>.

<sup>[11]</sup> <https://www.belta.by/president/view/lukashenko-hramy-kostely-ne-dlja-politiki-403780-2020>.

---

## Sprecher der orthodoxen Kirche zurückgetreten

11. Dezember 2020. Belarus

Erzpriester Sergey Lepin, der Leiter der synodalen Informationsabteilung der Belarusischen Orthodoxen Kirche (BOK), ist von seinem Posten zurückgetreten. Er habe seinen [Rücktritt „auf eigenen Wunsch“ eingereicht](#). Nach fast zehn Jahren auf diesem Posten liege ihm das Wohlergehen der Informationsabteilung sehr am Herzen und er hoffe, dass es seinem Nachfolger gut ergehe. Seinen Dienst in der BOK setze er fort, aber in etwas anderer Funktion. Nähere Gründe für seinen Rücktritt gab Lepin nicht an.

Auf der [Website der BOK](#) wurde lediglich mitgeteilt, dass Metropolit Veniamin (Tupeko) von Minsk Lepins Rücktrittsgesuch angenommen habe und ihm für seine langjährige Arbeit danke. Zum neuen Leiter der synodalen Informationsabteilung ernannte Veniamin Mönchpriester Afanasij (Sokolov). Kurz vor seinem Rücktritt war Lepin von [der belarusischen Generalstaatsanwaltschaft verwarnt](#) worden. Grund dafür war, dass er auf Facebook die Zerstörung eines Mahnmals für Raman Bandarenka, einen ermordeten Demonstranten, durch die Sicherheitskräfte kritisiert hatte. Am 23. November hat zudem offenbar der Erzbischof Gurij (Apalko) von Navahrudak und Slonim den [Geistlichen seiner Eparchie verboten, an politischen Aktionen teilzunehmen](#) und sich politisch zu äußern.

Die römisch-katholischen Bischöfe von Belarus veröffentlichten am 25. November [ein Statement gegen Gewalt](#). Darin verurteilen sie „Gewalt, Gesetzlosigkeit, Ungerechtigkeit und Unwahrheit“ und rufen zu einer „friedlichen Lösung der aufgetretenen Probleme auf dem Weg des Dialogs und im Geist der Liebe zu Gott und dem Nächsten sowie der Befolgung der göttlichen und menschlichen Gesetze“ auf. (NÖK)

---

## Generalstaatsanwaltschaft droht Geistlichen

26. November 2020. Belarus

Die Generalstaatsanwaltschaft von Belarus hat Erzpriester Sjarhej Lepin, den Leiter der synodalen Informationsabteilung der Belarussischen Orthodoxen Kirche (BOK), und Bischof Juryj Kasabuzki von der römisch-katholischen Kirche in Belarus wegen angeblichen Schürens gesellschaftlicher Spannungen verwarnt. Beide hatten zuvor [in den sozialen Netzwerken](#) die Zerstörung des Mahnmals für Raman Bandarenka, einen umgekommenen Demonstranten, durch die Sicherheitskräfte kritisiert.

In ihren Aussagen würden „wissentlich in kategorisch aggressivem Ton bestimmte Begriffe und Wendungen verwendet, die bewusst das Niveau der Spannungen in der Gesellschaft erhöhen, Hass gegenüber Vertretern der Staatsmacht, darunter die Sicherheitskräfte, und als Folge davon Feindseligkeit in Verhältnis zu bestimmten sozialen Gruppen der Bevölkerung schüren“, so die Generalstaatsanwaltschaft. Dieses Vorgehen sei „unzulässig und inakzeptabel“, da es der Rolle der Kirchen nicht entspreche und die Bürger zu „Aggression“ und „illegalen Handlungen“ anstachle. Das Handeln der Geistlichen widerspreche außerdem Art. 16 der Verfassung, der es religiösen Organisationen und ihren Vertretern verbietet, entgegen dem „gesellschaftlichen Frieden“ zu handeln.

Lepin hatte auf Facebook geschrieben, er verstehe nicht, „wozu dieser Hohn über die Portraits des Umgebrachten, über die Blumen zu seinem Andenken, wozu diese satanische Missachtung von Lampen und Ikonen, der Kampf mit der improvisierten Gedenkstätte im Hof seines Hauses, entlang der Straßen? Was ist der Sinn? Es war nicht genehmigt? Aber dieses Verhalten und diese Haltung sind genehmigt? Von wem?“. Bischof Kasabuzki fand, das Verhalten der Sicherheitskräfte zeige eine wachsende Angst der Staatsmacht vor dem Volk. Dabei kritisierte er die Gewalt der Sicherheitskräfte gegen friedliche Bürger. Die zahlreichen Verhaftungen sollten wohl andere Menschen einschüchtern, aber „all diese Repressionen machen uns nur stärker“, erklärte er und rief zu Gebeten für das Volk, seine Geistesstärke und seinen Mut auf.

Bandarenka war am 11. November in Minsk unter Gewaltanwendung verhaftet und wenig später von den Sicherheitskräften mit einem Hirnödem ins Krankenhaus gebracht worden. Am folgenden Tag starb der junge Mann. Die Behörden behaupten entgegen Augenzeugenberichten, die Polizei sei zu einer Schlägerei gerufen worden, wo sie Bandarenka verletzt und betrunken vorgefunden habe. Am 13. November [veranstaltete die katholische Kirche in Minsk einen Gedenkgottesdienst](#) für Bandarenka, zu dem Hunderte Menschen kamen. Geleitet wurde der Gottesdienst von Bischof Kasabuzki. Dabei beklagte er die Gewalt, die immer mehr werde, betonte aber auch, wie wichtig verzeihen sei. Er rief die Menschen dazu auf, „in ihrem Herzen keinen Hass zu bewahren“. Zur [Totenliturgie in der Auferstehungskirche](#) in Minsk kamen ebenfalls zahlreiche Menschen. Sie nahmen den ganzen Platz vor der Kirche ein, in den umliegenden Straßen kam es zu Staus. Insgesamt versammelten sich Tausende Menschen, um sich von Bandarenka zu verabschieden. (NÖK)

---

# Aufbruch ins Ungewisse: Die Kirchen und die Proteste in Belarus

12. November 2020. Hintergrund



Der Tag der Präsidentschaftswahl am 9. August 2020 war für die belarussische Gesellschaft ein Wendepunkt. Die beispiellosen Schlangen vor den Wahllokalen zeigten für jeden sichtbar die aufgeladene Stimmung in der Gesellschaft. Selbst jemand, der mit blockiertem Internet zuhause blieb, konnte abends und nachts den Lärm der Blendgranaten und die hupenden Autos nicht überhören. Dies war eine neue Erfahrung, und frühere Verhaltensmuster funktionierten nicht mehr. Vor dieser Herausforderung standen und stehen auch die Kirchen.

## Zögerliche Reaktion der orthodoxen Kirche nach der Wahl

Nach der ersten dramatischen Nacht schwiegen sowohl die orthodoxen als auch die katholischen Führungspersönlichkeiten.<sup>[1]</sup> Der erste, der das Schweigen brach, war [Patriarch Kirill von Moskau](#), der am Abend des 10. August Aleksandr Lukaschenka zur Wiederwahl gratulierte und ihn für die „Aufmerksamkeit für den moralischen Zustand der Menschen“ und für die „fruchtbare Kooperation der staatlichen Behörden mit dem belarussischen Exarchat“ lobte. Mit diesem Statement gab der Patriarch die Richtung vor und zeigte der verwirrten Belarussischen Orthodoxen Kirche (BOK), die dem Moskauer Patriarchat untersteht, wie sie reagieren sollte. Metropolit Pavel (Ponomarjov) folgte einerseits dem Patriarchen und veröffentlichte eine [„herzliche Gratulation“ an Lukaschenka](#), der die „Hoffnung auf den Schutz der Souveränität, die Bewahrung des nationalen geistlichen und kulturellen Erbes, die Stärkung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Stabilität“ verkörpere. „Wir glauben“, verkündete der Metropolit optimistisch, „dass die künftige Arbeit des staatlichen Systems von Belarus [...] auf der Basis ewiger spiritueller und moralischer Werte, die im Schoß der christlichen Tradition gebildet wurden, erfüllt werden wird.“

Andererseits brach Kirills Impuls die Konstruktion der Kirche, die auf hierarchischer Disziplin gründet, auf: Für viele orthodoxe Priester und Gläubige klangen die Gratulationen und Formulierungen über die fruchtbare Kooperation und das spirituelle Erbe angesichts der aktuellen Situation ungeheuerlich, wenn nicht gar zynisch. Schließlich war es am Abend des 10. August, als die Polizei mit Gummischrot auf Journalisten schoss, die über die Proteste auf der Kalvaryjskaja Straße berichteten, und als der unbewaffnete Demonstrant Aljaksandr Tarajkouskij, das erste Opfer der Polizeigewalt, bei der Puschkinskaja Metrostation von einer Blendgranate getötet wurde. Das frustrierte auch viele orthodoxe Gläubige, so dass mehrere Priester und aktive Laien in sozialen Netzwerken der Kirchenleitung widersprachen. In den sozialen Netzwerken kam es zu spontanen Diskussionen, was wir als Orthodoxe in der aktuellen Situation tun können, wenn die Stimme der Kirche, vertreten durch die Hierarchie, so deutlich das Regime unterstützt, das nicht nur die Wahlergebnisse gefälscht hat, sondern auch brutale Gewalt und Folter gegen friedliche Demonstranten anwendet.

Am Abend des 12. August initiierte eine informelle Laiengruppe von orthodoxen Frauen für den nächsten Tag ein interkonfessionelles Gebet und eine Prozession im Zentrum von Minsk, zwischen der orthodoxen und der römisch-katholischen Kathedrale. Der anonyme Aufruf dazu tauchte in sozialen Netzwerken, auf Telegram und in Viber-Chats auf und ging schnell viral. Orthodoxe und Katholiken wurden aufgefordert, Ikonen mitzubringen, Protestanten waren aufgerufen, Bibeln mitzunehmen. Am 13. August versammelten sich rund 200 Personen, darunter Katholiken mit Prozessionsfahnen, mehrere protestantische Pastoren und ein orthodoxer Priester, Alexander Schramko. Einige Personen trugen

Plakate mit der Aufschrift „Wir sind gegen Gewalt“.

Die offizielle Kirchenleitung warnte indes davor, dass das angekündigte Gebet von der Kirche nicht bewilligt sei. Vor dessen Beginn drängte ein Priester der orthodoxen Kathedrale die orthodoxen Gläubigen dazu, an einen orthodoxen Gottesdienst in die Kirche zu kommen, um die Initiative in geregelte Bahnen zu lenken, während die Nicht-Orthodoxen verwirrt draußen blieben. Trotzdem gelang es der Gruppe schließlich, sich zu einem offenen Gebetskreis zu versammeln, den die protestantischen Pastoren Jaroslav Vjasovskyj und Taras Telkovskyj sowie der orthodoxe Priester Schramko leiteten. Die Prozession mit Kirchenfahnen, Ikonen und Bibeln durch das Stadtzentrum war ein aufsehenerregendes Ereignis und ein starkes Beispiel für eine religiöse Graswurzelinitiative. Die Teilnehmenden waren zugleich enthusiastisch und frustriert. Voller Begeisterung entschieden sie, das Gebet täglich abzuhalten. Frustriert waren sich jedoch von der Position ihrer Kirche, und daher richteten die orthodoxen Teilnehmerinnen einen offenen Brief an Metropolit Pavel. Unterschrieben war er von der jungen Orthodoxen Anastasia Nekrashevitsch, die leidenschaftlich ihr Leid und ihre Verärgerung über die kirchlichen Haltung mitteilte und die Hierarchen einlud, sich am nächsten Tag dem Gebet anzuschließen.

Unerwartet erschien Metropolit Pavel am nächsten Tag tatsächlich, um das Gebet in der Kathedrale abzuhalten. Obwohl dies wieder die orthodoxen Teilnehmer vom Rest der Gruppe trennte, blieb der Metropolit auch nach dem Gebet, um mit den Menschen zu reden. Die Gläubigen – mehrheitlich Frauen – beschwerten sich emotional beim Metropoliten über das Ausmaß der Repressionen und der Gewalt in Belarus, zeigten Bilder von Gefolterten auf ihren Mobiltelefonen und drückten ihre Enttäuschung über das Fehlen einer angemessenen Kirchenreaktion und Pavels persönliche Gratulation an Lukaschenka aus. Während des Gesprächs bat Metropolit Pavel die Frauen um Verzeihung dafür, dass seine „Gratulation diese schmerzhaften Gefühle und Leiden auslösen konnte“. Diese Aussage, die von den Medien in zugespitzter Form von „Metropolit Pavel bittet für Gratulation an Lukaschenka um Entschuldigung“ bis zu „Das Oberhaupt der BOK hat seine Gratulation an Lukaschenka zurückgezogen“ verbreitet wurde, wurde ihm zum Verhängnis, obwohl der Pressedienst der BOK die Statements zu bestreiten versuchte. Zudem [verurteilte der Hl. Synod der BOK](#) am 15. August, *„kategorisch Gewalt, Folter, Erniedrigung, grundlose Verhaftungen, Extremismus in allen Formen [...], Lügen und Meineid“* und gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass *„die Regierung des Landes, die von Rechts wegen ihr Volk zu respektieren und beschützen berufen ist, die Gewalt beendet, die Stimmen der Verletzten und unschuldigen Opfer der Konfrontation hört und diejenigen, die Brutalität und Grausamkeit gezeigt haben, einem legitimen Gericht und Urteil übergibt.“* Nicht einmal der Bezug auf ungenannte „Provokateure und Anstifter, die auf eine Destabilisierung unseres Landes und Spaltung unseres Volkes abzielen“, half, die Stärke der Botschaft an das Regime zu mindern. Nachdem Metropolit Pavel am 17. August verletzte und traumatisierte Demonstranten in einem Krankenhaus besucht hatte und darauf bestand, dass die Kirche die Gewalt verurteilt, war sein Schicksal besiegelt. Nicht nur empörte sich Lukaschenka, auch der Hl. Synod der ROK entschied an seiner Sitzung vom 25. August, Pavel vom Posten des Leiters der BOK abzulösen und ihn an die Spitze der Metropolie Kuban in Russland zu stellen. Die Entwicklung Pavels von seiner anfänglichen Gratulation an Lukaschenka bis zu seinem Besuch bei den hospitalisierten Demonstranten geschah in nur einer Woche und mündete in sein Karriereende in Belarus einerseits und in wachsenden Respekt seitens der Zivilgesellschaft andererseits.

### **Katholische Kirche unterstützt Protestierende**

Die Entwicklung seines katholischen Gegenübers, Erzbischof Tadeusz Kondrusiewicz, verlief weniger dramatisch, da sie von einer anderen Ausgangslage begann. Statt Lukaschenka zu gratulieren, veröffentlichte Kondrusiewicz, der immer eine gewisse Distanz zu den Staatsorganen gewahrt hatte, [am 11. August einen Aufruf „anlässlich der schwierigen sozio-politischen Situation in Belarus“](#). Dieser verurteilte die Gewalt „aller Seiten des Konflikts“, rief zum Dialog auf und schlug vor, „sofort einen besonderen



Runden Tisch“ als Alternative zu den Barrikaden zusammenzurufen. Drei Tage später [veröffentlichte Kondrusiewicz einen weiteren Appell](#), dieses Mal nicht an „alle Seiten des Konflikts“, sondern einzig an die staatlichen Behörden. Darin aktualisierte der katholische Erzbischof seine Position und anerkannte, dass die Proteste und Demonstranten friedlich und von der „Absicht, die Wahrheit über die Präsidentenwahl vom 9. August zu kennen“ motiviert und deshalb legitim seien. Er betonte, dass es „*das Recht der Menschen ist, die Wahrheit zu suchen, die für niemandes politische oder opportunistische Interessen geopfert werden darf*“, und dass Grausamkeit gegen diese Menschen „*eine schwere Sünde auf dem Gewissen derjenigen ist, die illegale Befehle erteilen und Gewalt ausüben.*“ Wieder rief er zum Dialog auf, aber während er in seinem ersten Appell eher zu einem Ende der Barrikaden aufgerufen hatte, verschob er nun seinen Fokus mehr auf die Verantwortung der Behörden, „*einen konstruktiven Dialog mit der Gesellschaft aufzunehmen, um die Gewalt zu beenden, und alle unschuldigen Bürger, die während der Massenkundgebungen verhaftet wurden, freizulassen.*“

Am 21. August leitete Erzbischof Kondrusiewicz an den Mauern des Isolationszentrums an der Akrestina-Straße, die zu einem Symbol der Folter geworden ist, ein Gebet. Am nächsten Tag bat er Innenminister Juryj Karajev um ein Gespräch über die Situation der Festgenommenen und Inhaftierten. Er verlangte erstens, dass Priestern Besuche bei den Verhafteten erlaubt werden, und zweitens, dass diese freigelassen werden. Das Treffen mit dem Minister fand am 22. August statt, dem Tag von Lukaschenkas Rede in Hrodna, bei der dieser die vermeintliche Einmischung der Kirchen in die Politik kritisierte. Bei dem Treffen mit dem Innenminister äußerte sich der Erzbischof besorgt über die massenhafte Gewalt und Folter, doch der Minister bestritt die Zwischenfälle. Schließlich machte Kondrusiewicz, schon unterwegs zu einem Arbeitsbesuch nach Polen, gegenüber der Presse seiner Frustration über die Dialogversuche Luft: Während die Kirchen und die Opposition den Dialog suchten, würden ihn die staatlichen Behörden verweigern. Zudem rief er die polnische Regierung und die EU auf, eine Vermittlerrolle einzunehmen.

Daraufhin wurde Kondrusiewicz bei seiner Rückkehr die Wiedereinreise nach Belarus unter dem Vorwand verweigert, sein Pass sei ungültig. Als belarussischer Staatsbürger dürfte Kondrusiewicz eigentlich nicht daran gehindert werden, ins Land einzureisen, zumal die Behörden keine stichhaltige Erklärung für die Behandlung des Hierarchen lieferten. Es ist offenkundig, dass die verweigernde Einreise in Zusammenhang mit den Bemühungen des Erzbischofs zur Lancierung eines Dialogs zwischen Gesellschaft und Regierung steht. Kondrusiewicz hatte auch die Unterstützung anderer Religionsgemeinschaften zu gewinnen und sie zu motivieren versucht, mit vereinten Kräften Druck auf die Behörden auszuüben. Ihm gelang ein interreligiöses Gebet für die Lage in Belarus zu organisieren, an dem nicht nur Vertreter der christlichen Kirchen, sondern auch der jüdischen und muslimischen Gemeinschaft teilnahmen. Das Gebet könnte der Ausgangspunkt für den Aufbau einer Art religiösen Netzwerks sein. Allerdings geht das nicht ohne klare Unterstützung der orthodoxen Mehrheitskirche, die aber die Bedeutung des Ereignisses und der Bemühungen des Erzbischofs minderte, indem sie nur einen gewöhnlichen Priester als Vertreter zum Gebet schickte. Außerdem zeigte die offizielle orthodoxe Kirche keine Solidarität mit Kondrusiewicz, als ihm die Einreise nach Belarus verweigert wurde.

### **Potential der Kirchen**

Der belarussische Politologe Artjom Schraibman kommt bei seinen Überlegungen zur Überwindung der aktuellen politischen Krise zum Schluss, dass die Kirchen als Plattform für einen Dialog zwischen dem Regime und der Gesellschaft dienen könnten. Doch das Schicksal der Oberhäupter der beiden größten Religionsgemeinschaften in Belarus, von Metropolit Pavel und Erzbischof Kondrusiewicz, lässt solchen Hoffnungen wenig Raum. Die Kirchen sind dem Regime nur dann willkommen, wenn sie auf seiner Seite stehen. Sobald der Grad an Loyalität sinkt und die Kirchen und deren Oberhäupter eine unabhängige Rolle zu spielen beginnen, fängt der Staat an, sie gleich wie alle anderen zivilgesellschaftlichen Institutionen zu behandeln: mit Misstrauen und Repressionen.

Nur wenn sie ihre Unabhängigkeit vom Staat vergrößern, können die Kirchen die Rolle von starken Vertretern der Zivilgesellschaft einnehmen. Die Krisensituation und die Konfrontation sind in diesem Sinn positiv für die Kirchen, da sie sie auf ihrer Suche nach einer Identität gegenüber dem Staat und der Zivilgesellschaft anspornen.

Natallia Vasilevich, Direktorin des kulturellen Bildungszentrums *Ecumena* in Minsk, Doktorandin an der Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn und Mitglied des Koordinierungsrats der Oppositionskandidatin Svjatlana Zichanouskaja.

Übersetzung aus dem Englischen: Natalija Zenger.

[\[1\] Zur Position der Kirchen vor den Wahlen vgl. Vasilevich, Natallia: Position der Kirchen in Belarus vor den Wahlen. NÖK 4. September 2020.](#)

Bild: Protest in Minsk am 18. Oktober 2020 (©Homoatrox, [CC BY-SA 3.0](#))

---

## Lukaschenka droht den Kirchen

12. November 2020. Belarus

Alexander Lukaschenka hat den Religionsgemeinschaften indirekt gedroht, gegen sie vorzugehen, sollten sie sich gegen den Staat wenden. Bei einem Treffen mit dem Oberhaupt der Belarussischen Orthodoxen Kirche (BOK), Metropolit Veniamin (Tupeko), zeigte er sich stolz auf den [interreligiösen Frieden im Land, den er verteidigen](#) werde. Sollte „irgendeine Organisation in Belarus, ob zivilgesellschaftlich oder religiös, auf die Zerstörung des Staats zielen, werde ich natürlich gezwungen sein, darauf zu reagieren“, erklärte Lukaschenka. Als Staatsoberhaupt sei es seine verfassungsmäßige Pflicht, den Staat zu schützen.

Das Treffen war die erste offizielle Begegnung zwischen Lukaschenka und dem neuen Oberhaupt der BOK. Dabei wurden unter anderem aktuelle staatliche und gesellschaftliche Probleme, Fragen der interreligiösen Beziehungen und der religiösen Bildung besprochen. Im Anschluss [erklärte Metropolit Veniamin gegenüber Journalisten](#), sie hätten auch über das Verhältnis zu Russland und westlichen Ländern gesprochen und darüber, dass es wichtig sei, den „Frieden zu bewahren, damit das Land souverän sein und sich selbstständig entwickeln kann“. Angesprochen auf Geistliche, die klare Wertungen über die aktuellen Ereignisse abgeben, sagte er, jeder habe das Recht auf eine eigene Meinung. Aber „wir müssen verstehen, wann und wie wir unsere Position ausdrücken“. Die Kirche sei ein Ort, an dem Menschen unterschiedlicher Überzeugungen und Ansichten zusammentreffen. Sie alle müssten sich dort wohlfühlen, die Worte und Handlungen von Geistlichen dürften nicht spaltend auf die Gesellschaft wirken.

Lukaschenka warf zudem Erzbischof Tadeusz Kondrusiewicz, dem Oberhaupt der römisch-katholischen Kirche in Belarus, vor, er sei nach Polen gereist, um Ratschläge zur Zerstörung von Belarus zu erhalten. Bischof Juryj Kasabuzki, Generalvikar der Erzdiözese Minsk, wollte die Vorwürfe nicht kommentieren, da er [seine Meinung dazu](#) schon „mehrmals öffentlich und offiziell“ geäußert habe. Diese Falschaussage sei eine „durch absolut nichts begründete Lüge, die keiner Kritik standhält. Das ist ein politisches Spiel, mehr nicht“, schrieb Kasabuzkij auf Facebook. Die katholische Kirche stelle sich gegen Gewalt und Erniedrigung, bete für politische Gefangene, setze sich gegen Repressionen und Verfolgungen, die Verletzung von Menschenrechten und der Menschenwürde sowie Diskriminierung ein. Außerdem rufe sie zu „Einheit, Solidarität und gegenseitiger Unterstützung“ auf. Aber „das alles wird in unserem Land heute als etwas Schlechtes betrachtet“.

Lukaschenka kritisierte auch die Beschäftigung [ausländischer Priester in der katholischen Kirche](#) in Belarus. Es seien viele Gemeinden aufgebaut worden, während es nicht genügend Geistliche gebe. Aber anders als die BOK, die von diesem Problem ebenfalls betroffen sei, hole die katholische Kirche diese „aus dem Ausland, aus uns fremden Ländern“. Daher sei es notwendig, „intensiver eigene katholische Geistliche auszubilden“. Die katholische Kirche betreibt in Belarus fünf höhere Bildungseinrichtungen und hat vor fünf Jahren offiziell eine theologische Akademie in Minsk registriert. Doch es ist ihr bisher nicht gelungen, in Minsk ein Grundstück und eine Baubewilligung zu erhalten. Zudem erhalten die katholischen Schulen keine finanzielle Unterstützung vom Staat, während die geistlichen Bildungseinrichtungen der BOK unterstützt werden. Von den 500 katholischen Priestern in Belarus kommen rund 80 aus dem Ausland, zumeist aus Polen.

In einem [Aufruf an Metropolit Veniamin kritisierte](#) unterdessen die [Gruppe „Christliche Vision“ des Koordinierungsrats](#) die Haltung der BOK und des Exarchen. Sie forderte die Kirche auf, sich „unverzüglich und unmittelbar“ an der Beendigung illegaler Handlungen gegen die belarussische Bevölkerung zu beteiligen. Schon seit Monaten kämpften die Belarussen friedlich gegen „Lüge und Gewalt“ und versuchten, eine „neue Gesellschaft, die auf moralischen Werten aufgebaut ist, zu schaffen“. Warum „hat sich in dieser schrecklichen und verantwortungsvollen Zeit die Kirche vom Volk getrennt?“ Die Gruppe wirft der BOK vor, sich „nur dann von der Politik zu lösen, wenn es ihr nützt“. Sie warf zudem die Frage auf, wie die Kirche ihre „Untätigkeit“ erklären werde, wenn die Protestbewegung erfolgreich ist. Sie forderte von der BOK die „Mitwirkung bei der unverzüglichen Beendigung der Gewalt, Folter und Verfolgung friedlicher Bürger durch den Staat, sowie der Befreiung aller illegal Verhafteten und Gefangenen“. Das sei keine Politik, sondern ein Leben entsprechend dem Evangelium. (NÖK)

---

## Statement der Gruppe „Christliche Vision“ des Koordinierungsrats für Belarus

17. September 2020. Hintergrund



[Die Arbeitsgruppe „Christliche Vision“ des Koordinierungsrats ist eine informelle, interkonfessionelle Gruppe einiger Mitglieder des Koordinierungsrats.](#) Sie wurde am 9. September eingerichtet, um die gemeinsamen Aktivitäten von Christen zur Erreichung des Hauptziels des Rats zu koordinieren: die politische Krise zu lösen und in der Gesellschaft einen Konsens auf der Grundlage der Verfassung zu erreichen. Es ist notwendig, Frieden, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie im Land wiederherzustellen. Dies erfordert Respekt für grundlegende Menschenrechte und Freiheiten sowie die Würde aller.

Um dieses Ziel zu erreichen, ist es daher nötig:

1. Unverzüglich die Gewalt und politische Verfolgung durch die Behörden zu beenden. Eine Untersuchung der Gewalttaten und politischen Verfolgung in Übereinstimmung mit dem Gesetz durchzuführen.
2. Alle politischen Gefangenen freizulassen, die Aufhebung der illegalen gerichtlichen Anordnungen sicherzustellen und allen Opfern illegaler Verfolgung Kompensationszahlungen zur Verfügung zu stellen.

3. Die Wahlen vom 9. August 2020 für nichtig zu erklären und eine neue Wahl entsprechend internationalen Standards durchzuführen. Für alle Wahlkommissionen, auch die Zentrale Wahlkommission, sollten neue Mitglieder bestimmt werden.

Außerdem möchte die Arbeitsgruppe „Christliche Vision“ des Koordinierungsrats auf die zahlreichen Verletzungen des verfassungsmäßigen Rechts der Bürger auf Religions- und Glaubensfreiheit sowie auf die politisch motivierte Verfolgung von religiösen Anführern und Organisationen aufmerksam machen.

Inbesondere bemerken wir:

- direkten Druck von Regierungsstellen auf Priester und Angestellte von religiösen Organisationen der Belarussischen Orthodoxen Kirche, die in den sozialen Netzwerken das Bild „Orthodoxe sind gegen Fälschungen, Erniedrigung und Druck auf Individuen“ veröffentlichen sowie Statements und Posts zur Unterstützung von Erzbischof Tadeusz Kondrusiewicz, dem die Rückkehr in sein eigenes Land, Belarus, verwehrt wird;

- indirekten Druck von Regierungsstellen, der durch die Kirchenleitung auf Priester und Angestellte von religiösen Organisationen der Belarussischen Orthodoxen Kirche ausgeübt wird, weil diese in den sozialen Netzwerken das Bild „Orthodoxe sind gegen Fälschungen, Erniedrigung und Druck auf Individuen“ veröffentlicht haben und andere Statements, mit denen sie sich gegen die Fälschung der Präsidentschaftswahl, Gewalt gegen Bürger durch Sicherheitskräfte und Verletzungen von Menschenrechten und Freiheiten stellen;

- dass die Regierung Hindernisse für Geistliche schafft, die ihre religiösen Aktivitäten fortsetzen. So wurde dem katholischen Priester Jerzy Wilk am 4. September die staatliche Zulassung für religiöse Aktivitäten in seiner Gemeinde (Hl. Michael der Erzengel im Dorf Varapaeva, Distrikt Pastavy, Region Vitebsk) entzogen;

- dass die Regierung Hindernisse für die Aktivitäten religiöser Gemeinschaften schafft. Beispielsweise die Blockade der Türen der katholischen Kirche der Hl. Simon und Helena (als Rote Kirche bekannt) durch die Polizei am 26. August. Am 31. August wurden die Schlösser dieser Kirche von den Behörden ohne Erlaubnis der Gemeinde ausgewechselt;

- ein illegales Einreiseverbot für Erzbischof Tadeusz Kondrusiewicz, einen belarussischen Bürger und Oberhaupt der römisch-katholischen Kirche in Belarus, am 31. August. Dies verletzt Belarus' internationale Verpflichtungen (Internationales Abkommen über Bürger- und politische Rechte, Art. 12 „Bewegungsfreiheit“), die Verfassung (Art. 30 „Bürger [...] sollen das Recht haben [...] es [Belarus] ohne Behinderung zu verlassen und zurückzukehren“) und das Gesetz der Republik Belarus Nr. 49-3 vom 20. September 2009 („Über das Prozedere der Aus- und Einreise in die Republik von Belarus durch Bürger der Republik Belarus“, Art. 3). Dieses Verbot ist auch ein Akt der Unterdrückung sowohl gegen ein religiöses Oberhaupt als Individuum als auch gegen eine religiöse Gemeinschaft als Ganzes.

Die Arbeitsgruppe „Christliche Vision“ des Koordinierungsrats drückt ihre Solidarität mit allen Opfern politischer Verfolgung in unserem Land aus. Wir appellieren an die Behörden, sofort die Gewalt zu beenden und einen Dialog mit der Zivilgesellschaft zu beginnen. Wir sind zuversichtlich, dass die Kirchen einen positiven Beitrag zur Überwindung der Krise unseres Landes leisten und einen Dialog zwischen der Zivilgesellschaft und den Behörden befördern können.

Die Gruppe „Christliche Vision“ wird alle Fälle von politischer Verfolgung in Bezug auf unzulässige Einschränkungen der Religions- und Glaubensfreiheit überwachen. Die Gruppe wird auch die internationale Gemeinschaft über solche Fälle informieren.

Wir bitten die internationale christliche Gemeinschaft und die Kirchen, ebenfalls ihre Solidarität mit dem belarussischen Volk auszudrücken.

11. September 2020

(Quelle: [www.baznica.info](http://www.baznica.info), 11. September 2020)

Bild: Homoatrox (Wikimedia Commons)

---

## **Katholischer Erzbischof darf weiterhin nicht einreisen**

17. September 2020. Belarus

Der Pass des katholischen Erzbischofs von Minsk, Tadeusz Kondrusiewicz, ist für ungültig erklärt worden. Kondrusiewicz war am [31. August die Einreise nach Belarus](#) aus Polen, wo er sich einige Tage beruflich aufgehalten hatte, ohne Angabe von Gründen verweigert worden. Laut belarussischem Gesetz darf einem Staatsbürger die Einreise ins Land nicht verwehrt werden. Nun erklärte die zuständige Behörde des Innenministeriums, der [Pass sei ungültig](#), da die Staatszugehörigkeit des Erzbischofs zurzeit überprüft werde.

Die Überprüfung seiner Staatszugehörigkeit hat laut der Behörde bereits vor seiner Abreise nach Polen begonnen, das Zusammenfallen mit der Reise sei ein Zufall. Kondrusiewicz betonte in Interviews erneut, dass er nur einen Pass – den belarussischen – habe. Der belarussische Präsident Alexander Lukaschenka hatte angedeutet, der Erzbischof habe mehrere Staatsbürgerschaften.

In Minsk fand bei der katholischen Dreifaltigkeitskirche am 11. September eine [Kreuzprozession gegen die „Verfolgung der katholischen Kirche“](#) statt. Initiiert wurde die Aktion von Gläubigen der Gemeinde und ihrem Vorsteher Jurij Sanko, den Gottesdienst leitete Weihbischof Juryj Kasabuzki. Unter den Teilnehmern waren nicht nur Katholiken aller Gemeinden der Hauptstadt, sondern auch Gläubige anderer Religionsgemeinschaften, die so ihre Solidarität und Unterstützung zeigten. Kasabuzki bedankte sich für die Anteilnahme und bezeichnete die verhinderte Rückkehr Kondrusiewicz nach Belarus als „Schlag für die ganze katholische Gemeinschaft unseres Landes, die nun ohne Hirten geblieben ist“. Die Kreuzprozession sei der „Freiheit der katholischen Kirche in Belarus“ gewidmet, der „Rückkehr des Metropoliten, der Errichtung von Gerechtigkeit sowie dem Guten und dem Frieden in unserem Land“, sagte Kasabuzki weiter.

Unterstützung erhielt Kondrusiewicz auch aus dem Vatikan. [Kardinalstaatssekretär Pietro Parolin](#) erklärte, der Vatikan bestehe darauf, dass der Bischof in seine Diözese zurückkehren und seine Arbeit weiterführen könne. In diesem Zusammenhang sei auch der Besuch von Erzbischof Paul Richard Gallagher, dem vatikanischen Außenbeauftragten, in Minsk zu sehen. Gallagher [traf dort den belarussischen Außenminister](#) Vladimir Makej, um unter anderem die Beziehungen zwischen Belarus und dem Vatikan in der aktuellen Situation und die Zusammenarbeit bei internationalen Organisationen zu besprechen. Laut dem belarussischen Außenministerium hat Makej die „historische Rolle der katholischen Kirche bei der Entstehung und Entwicklung des belarussischen Staats“ hervorgehoben. Zudem sei er überzeugt, dass der „konstruktive Dialog“ mit dem Vatikan eine Bedingung für die „Bewahrung von interkonfessionellem Frieden und Einigkeit ist“. Auch Parolin wies darauf hin, dass die katholische Kirche immer ein „Faktor des Dialogs, der Einigung und des Friedens“ sein müsse.

Bei der Begegnung mit Gallagher hat die Regierung erneut Papst Franziskus eingeladen, Belarus zu besuchen. Parolin erklärte, dass die Coronavirus-Epidemie momentan alles



blockiere. Aber er glaube, dass dies ein Besuch sei, über den der Papst nachdenke. (mit Material von [Kathpress](#)) (NÖK)

---

## Position der Kirchen in Belarus vor den Wahlen

04. September 2020. Hintergrund



Was heute in Belarus im Nachgang der Präsidentschaftswahl geschieht, und die Reaktion der Kirchen darauf zu beschreiben, ist sehr schwierig. Noch unlängst hat das Regime durch eine hierarchische Organisation der Gesellschaft alle gesellschaftlichen Bereiche kontrolliert, jetzt hat es jedoch völlig die Kontrolle verloren. Ich beschäftige mich seit mehreren Jahren mit der belarussischen religiösen Landschaft sowie dem politischen und gesellschaftlichen Engagement der Kirchen und beobachte nun, wie schnell sich alle bekannten Strukturen und Trends der letzten 20 Jahre verändern. Wie andere belarussische und ausländische Experten ging auch

ich davon aus, dass in der Präsidentschaftswahlkampagne nichts Interessantes passieren werde. Noch im Frühling prophezeiten alle Belarus-Spezialisten, dass die Kampagne im Sommer die langweiligste seit jeher werde. Begründet wurde dies mit dem Fehlen populärer politischer Anführer, der Krise der traditionellen Oppositionsparteien, der Erfahrung der letzten erfolglosen Proteste, die mit Repressionen des Regimes gegen die Gesellschaft und Sanktionen gegen das belarussische Regime endeten, die wiederum den Lebensstandard verschlechterten. Die Erinnerung an die tragischen Ereignisse in der Ukraine 2014, die zum Tod zahlreicher Menschen auf dem Majdan, dem Verlust der territorialen Unversehrtheit und zur Einmischung Russlands in den Krieg in der Ostukraine führten, senkten sogar bei der Opposition die Motivation für Proteste.

### **Pandemie annulliert Gesellschaftsvertrag**

Mit dem Ausbruch der Coronavirus-Epidemie schien es zu einem noch größeren Erlöschen des gesellschaftlichen und politischen Lebens zu kommen. Aber gerade die Epidemie und die Strategie des Covid-Dissidententums, die das Regime „zur Rettung der Wirtschaft“ wählte, annullierte abrupt den unausgesprochenen Gesellschaftsvertrag, der zwischen dem Regime und verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen bestand. Diesen Vertrag könnte man so formulieren: „Der Staat gewährleistet Frieden und politische Stabilität und das rechtfertigt die Begrenzung bürgerlicher Freiheiten.“<sup>1</sup> Dies stellt die Loyalität der Gesellschaft gegenüber dem Regime sicher.

Obwohl die belarussische Gesellschaft laut soziologischen Forschungen eine der am wenigsten religiösen in Europa ist, genoss die Kirche als gesellschaftliche Institution ein großes Vertrauen in der Bevölkerung: mit rund 65 Prozent bei Umfragen nahm sie einen der ersten Plätze ein.<sup>2</sup> In vielerlei Hinsicht war dieses Vertrauen eher nominal und nicht mit der Teilnahme der Kirche am politischen Prozess verbunden. Seit 2002 ist die orthodoxe Kirche in eine institutionelle Zusammenarbeit mit den staatlichen Organen eingebunden, die „Partnerschaft“ genannt wird, aber in einem bedeutenden Ausmaß asymmetrisch ist: mit einem „starken“ Staat und einer „schwachen“ Kirche. Obwohl die orthodoxe Kirche im Vergleich zu anderen Konfessionen vom Regime bestimmte Privilegien erhielt, wurde sie auch in ihren Rechten und der selbstständigen Teilnahme an der öffentlichen Sphäre eingeschränkt.<sup>3</sup> Während der 2000er Jahre gab es eine gewisse Spannung zwischen dem Staat und den anderen Konfessionen (Protestanten und Katholiken), doch in den 2010er Jahren stabilisierte sich die Situation in der religiösen Sphäre. Die Kontrolle des Staates wurde durch bürokratische Maßnahmen ausgeübt, es

kam zu einer gewissen „Erstarrung“ des religiösen Lebens, da alle religiösen Organisationen Loyalität gegenüber Regime bewahrten.<sup>4</sup>

Die Covid-19-Pandemie hat sich auch auf die Kirchen ausgewirkt. Laut vertraulichen Angaben des Instituts für Soziologie der Akademie der Wissenschaften für 2019 zeigen die Zahlen zum Vertrauen gegenüber der Kirche einen anormalen Wert: 45,6 Prozent.<sup>5</sup> Andere staatliche und gesellschaftliche Institutionen erhielten noch tiefere Werte. Eine solche Situation kann als Vertrauenskrise gegenüber hierarchischen und mit dem Staat verbundenen Institutionen, darunter auch die orthodoxe Kirche, charakterisiert werden.

### **„Ein Katholik fälscht nicht“**

Während der Wahlkampagne, die von Anfang an von Repressionen gegen alternative Kandidaten geprägt war, trat eine kleine Gruppe der katholischen Jugend (ihr informeller Anführer ist Artjom Tkatschuk) mit der Initiative „Ein Katholik fälscht nicht“ auf. Dazu gehörte eine Unterschriftensammlung für einen Appell an die Hierarchen, sich zur Situation der Gesetzlosigkeit, zur Missachtung der Menschenrechte und zum Machtmissbrauch zu äußern.

In die Arbeit der Bezirkskommissionen, in die Pyramide der Wahlfälschung, sind im ganzen Land zehntausende normale Menschen verstrickt, vor allem Lehrer und Mitarbeiter von Staatsunternehmen. Das funktioniert manchmal mit beruflich-administrativem Druck und/oder mit der Kompensation durch Güter – Prämien und freie Tage. Normalerweise nehmen viele an Wahlfälschungen Beteiligte dies als Erfüllung ihrer beruflichen und staatlichen Pflicht wahr, deshalb wird es selten als unmoralisch oder gar sündhaftes Handeln betrachtet. Die Kampagne der jungen Katholiken richtete sich genau an diese Kategorie unbewusst Beteiligter der Wahlkommissionen, unter denen nicht wenige Katholiken sind, um die Wichtigkeit auch für das religiöse Leben und die Folgen eines solchen Betrugs hervorzuheben. Sie drängten darauf, entweder die Teilnahme an der Wahlkommission oder die unmittelbare Teilnahme an Fälschungen zu verweigern, bzw. sogar die Motivation zu finden, auf Grundlage ihres Glaubens aktiv auf Ehrlichkeit und Offenheit bei der Organisation des Wahlprozesses zu bestehen. Es gelang dieser Initiative sowohl bei der demokratisch gesinnten Gesellschaft Aufmerksamkeit zu erregen, als auch bei vielen Geistlichen, die in Predigten, sozialen Netzwerken und Auftritten in den Medien die Unzulässigkeit einer Teilnahme an Wahlfälschungen aufgriffen. Durch die Initiative einer kleinen Gruppe, die von den aktiven Gläubigen positiv aufgenommen wurde und der sich die Geistlichen mit heimlicher Unterstützung der Hierarchie anschlossen, hat die katholische Kirche einen wichtigen Schritt zur Solidarisierung mit der demokratischen Gesellschaft und zur Erhebung ihrer Stimme in der Öffentlichkeit gemacht.

### **Loyale orthodoxe Hierarchie**

Im orthodoxen Bereich gab es keine analoge Kampagne. Dafür gibt es mehrere Gründe. Erstens ist für die offizielle orthodoxe Kirche die Frage von ehrlichen Wahlen, Bürgerrechten und -freiheiten und einer demokratischen Staatsführung nicht so aktuell, als dass sie die Hierarchen zu öffentlichen Auftritten motivieren würde, sondern sie wird eher als „Einmischung in die Politik“ betrachtet, was ein unnötiges Risiko darstellt. Die orthodoxe Kirche hat sich im Rahmen des autoritären Regimes komfortabel eingerichtet, da sie eine Reihe symbolischer und ökonomischer Privilegien genießt. Wie der orthodoxe Geistliche Aleksandr Schramko bemerkt, „befindet sich der Episkopat der orthodoxen Kirche insgesamt in besonderen – servilen – Beziehungen zur Staatsmacht und bemüht sich, es ihr möglichst recht zu machen und gelegentlich sogar zu dienen. Dabei unterscheidet sich das Leben der Hierarchen sehr vom gewöhnlichen Alltagsleben des Volks, und deshalb können sie sich schwer vorstellen, wovon dieses Volk lebt.“<sup>6</sup>

Die Anwesenheit der Hierarchen beschränkte sich in der Vorwahlzeit darauf, mit ihrer Anwesenheit die zentrale Vorwahlaktion Lukaschenkas – die Ansprache des amtierenden Präsidenten ans Parlament und Volk – zu schmücken. Nur einer blieb fern: Erzbischof

Artemij (Kischtschenko) von Hrodna und Volkovysk, der seit zwei Jahrzehnten eine ziemlich offene und kompromisslose Position im Verhältnis zum Staat einnimmt. Von den hochrangigen Geistlichen haben sich zwei mit Propaganda zur Unterstützung von Lukaschenka hervorgetan: Erzpriester Fjodor Povnyj in der Fernsehsendung „Sonntagspredigt“ und Erzpriester Andrej Lemeschonok, der Vorsteher des Klosters der Hl. Elisaveta, der mit dem Präsidenten auf der Covid-Dissidenten-Welle ritt und diesen dafür lobte, dass er die Kirchen an Ostern nicht geschlossen habe und am 9. Mai die Siegesparade durchführen ließ.

Zweitens hat die Hierarchie das Vertrauen der aktiven Geistlichen und Laien verloren, die eine bestimmte Strategie einer öffentlichen Theologie formuliert und in den vergangenen Jahren versucht haben, die Bischöfe – die als einzige bevollmächtigt sind, im Namen der ganzen Kirche zu sprechen – zu bestimmten Schritten in der Öffentlichkeit zu motivieren. Normalerweise lief das so ab: Es taucht ein gesellschaftliches Problem auf und die aktiven Gläubigen mobilisieren sich, um die Aufmerksamkeit der Hierarchie auf dieses Problem zu lenken und sie zu Handlungen und Äußerungen anzuregen. Es wurden Petitionen organisiert, die Menschen, die in der Kirche dienen oder eine theologische Ausbildung haben, unterschrieben und es wurden Informationen zur Verfügung gestellt. Das war ein Versuch, Handlungsmacht zu schaffen und der Hierarchie zu zeigen, dass eine bedeutende Zahl orthodoxer Gläubiger bestimmte Werte und Meinungen hat und von der Hierarchie Schritte erwartet. Doch von der Hierarchie wurden die Petitionen faktisch ignoriert. Die letzte große Petition war an Metropolit Pavel (Ponomarjov), bis vor kurzem Vorsteher der Belarussischen Orthodoxen Kirche, gerichtet, anlässlich der behördlichen [Entfernung der Kreuze an der Gedenkstätte Kurapaty](#), wo Massengräber des stalinistischen Terrors liegen. Die Hierarchen, die sich sonst so kühn zu Verfolgungen des christlichen Kreuzes in Westeuropa äußern, sagten im Fall der brutalen Entfernung der Kreuze in Kurapaty so gut wie gar nichts.

Für die orthodoxe Gesellschaft ist das einerseits demoralisierend und frustrierend und lässt sie die Hoffnung verlieren, dass von der Hierarchie irgendeine adäquate öffentliche Reaktion erwartet werden kann. Andererseits ist das Vertrauen der Behörden in die orthodoxe Hierarchie und die Gewissheit über deren Loyalität gewachsen. Für die Hierarchie ist jegliche Teilnahme am gesellschaftlichen Leben, die mit Kritik am autoritären Regime verbunden ist, höchst unerwünscht, wenn sie von als „orthodox“ konnotierten Menschen – Priestern, Studierenden geistlicher und theologischer Hochschulen und Mitarbeitern kirchlicher Strukturen – ausgeht. In einem solchen Fall distanziert sich die Hierarchie mit verschiedenen Mitteln von deren Handlungen oder von den Personen selbst, um ihre Loyalität gegenüber dem Regime zu bestätigen. So wurde im Sommer 2020 der Leiter der Sozialabteilung und des Pilgerdienstes der Eparchie Bobrujsk, Artemij Kuschner, entlassen. Kuschner hatte sich zuvor der Initiative „Ehrliche Menschen“ angeschlossen, die zur Wahlbeobachtung gegründet worden war. Er registrierte sich als unabhängiger Beobachter und platzierte in den Stories seines Instagram-Profiles ein Foto vor einem Wahlbezirk mit einem weißen Band in der Hand und der Flagge des Stabs von Svetlana Tichanovskaja.<sup>7</sup>

Auf diese Weise wurde jegliche Teilnahme von Geistlichen und Laien an demokratischen Initiativen nicht nur nicht gefördert, sondern konnte zu Repressionen durch die kirchliche Linie führen. Deshalb äußerten sich Geistliche und Laien (Mitarbeiter kirchlicher Organisationen), sogar wenn sie sich an Initiativen beteiligten, öffentlich kaum dazu und nahmen als Privatpersonen daran teil, ohne ihre Zugehörigkeit zur orthodoxen Gemeinschaft zu zeigen. Im Gegensatz zur katholischen Initiative „Ein Katholik fälscht nicht“, die von der demokratischen Gesellschaft als moralische Handlung und Ausdruck des Muts der katholischen Kirche in der Öffentlichkeit anerkannt wurde, zeigte sich die offizielle orthodoxe Kirche eher loyal dem Regime gegenüber, ohne eigene Stimme und nicht fähig, diese Stimme zum Schutz der Gerechtigkeit zu erheben.

## Anmerkungen

- 1) Silitski, Vital: From Social Contract to Social Dialogue: Some Observations on the Nature and Dynamics of Social Contracting in Modern Belarus. In: Haiduk, Kiryl; Rakova, Elena; Silitski, Vital (eds.): Social Contracts in Contemporary Belarus. Minsk 2009, S. 160.
- 2) NISEPI: Dezember 2002: 65,7 Prozent; Juni 2004: 66,9 Prozent; Mai 2005: 68,1 Prozent (<http://www.iiseps.org/?p=1800&lang=en>); Dezember 2013: 63 Prozent; 2012: 63,2 Prozent (In: Babosov, Evgenij: Čelovek v social'nyh sistemah. Minsk 2013, S. 260).
- 3) Vgl. Vasilevich, Natallia: Unequal by Default: Church and State in Belarus in the Period of Consolidated Authoritarianism. In: Civil Society in Belarus, 2000–2015. Collection of texts. Warschau 2015, S. 97-127.
- 4) Vasilevich, Natallia: The Religious Sphere in Belarus: Stability and Controllability. Belarussian Yearbook 2018: <https://nmnby.eu/yearbook/2018/en/page17.html>.
- 5) <https://www.facebook.com/burbalka/posts/10158741414739669>.
- 6) <https://theins.ru/obshestvo/234292>.
- 7) <https://bohr.by/news/religion/172311>.

Natallia Vasilevich, Direktorin des kulturellen Bildungszentrums *Ecumena* in Minsk, Doktorandin an der Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn und Mitglied des Koordinierungsrats der Oppositionskandidatin Svetlana Tichanovskaja.

Übersetzung aus dem Russischen: Natalija Zenger.

---

## Neuer Metropolit von Minsk ernannt

03. September 2020. Belarus

Überraschend ist das bisherige Oberhaupt der Belarussischen Orthodoxen Kirche (BOK), Metropolit Pavel (Ponomarjov) von Minsk, abgelöst worden. Der Exarch der dem Moskauer Patriarchat unterstehenden Kirche hatte an der Sitzung des Hl. Synods der Russischen Orthodoxen Kirche (ROK) darum gebeten, von seinem Posten entbunden zu werden. [Zum neuen Exarchen und Metropoliten von Minsk wurde Veniamin \(Tupeko\) ernannt](#), bisher Bischof von Borisov und Marinogorsk. Pavel wird zukünftig als Metropolit von Jekaterinodar und Kuban dienen. Sein Amtsvorgänger war Anfang August an den Folgen einer Covid-19-Infektion gestorben.

An der Sitzung des Hl. Synods vom 25. August, dem Pavel als Exarch von Belarus auch angehörte, schilderte er die aktuelle Situation in Belarus und die „friedensstiftende Position“ seiner Kirche. Er wies darauf hin, dass viele Bischöfe und Geistliche – angesichts der [massiven Proteste gegen das vermutlich gefälschte Ergebnis der Präsidentenwahl](#) vom 9. August und das gewaltsame Vorgehen der Sicherheitskräfte gegen die Demonstranten – beide Seiten zu einem Ende der Gewalt aufriefen. Zudem hätten sie Verletzte in Krankenhäusern besucht und ihnen geistliche Hilfe geleistet. Der Hl. Synod erklärte seine Sorge und sprach der BOK und ihren offiziellen Statements seine Unterstützung aus. Es sei wichtig, dass die belarussischen Behörden „alle Fälle von Gewaltanwendung sowohl gegenüber Bürgern als auch gegenüber Mitarbeitern der Sicherheitskräfte sorgfältig“ untersuchten.

Der neue Metropolit Veniamin ist [der erste Belarusse, der die BOK leitet](#). Laut Aleksandr Schtschipkov, dem stellv. Vorsitzenden der Synodalabteilung für die Zusammenarbeit der ROK mit der Gesellschaft und den Medien, ist Veniamin für seinen wahrhaft mönchischen Lebenswandel hoch angesehen und sehr gebildet. Zudem verfüge er über ein strikt kanonisches Kirchenbewusstsein und sei ein klarer Gegner autokephaler Strömungen. In seinem [ersten Hirtenbrief erklärte der neue Metropolit](#), es sei nötig, „Frieden in unser

Land und in unsere Herzen zurückzubringen“. Er rief alle Christen auf, die Marienfastenzeit streng zu befolgen und um drei Tage zu verlängern. Zudem sei es wichtig, Sünden zu bereuen. Die Gesellschaft brauche einen Wandel des Geistes und der Herzen „vom Bösen zum Guten, von der Lüge zur Wahrheit, von der Trennung zur Einheit, von der Verurteilung zum Verständnis“.

Am 21. August [erklärte die Synodalabteilung für die Zusammenarbeit der Kirche mit der Gesellschaft](#) der BOK in einem Statement, dass alle Aussagen einzelner Vertreter der BOK zu den aktuellen Ereignissen ausschließlich als Ausdruck ihrer persönlichen Meinung zu verstehen seien. Die Geistlichen erinnerte sie daran, dass sie nicht am politischen Leben teilnehmen dürfen. Die Kirche betrachte es als mit ihrer Mission unvereinbar, zur „Teilnahme oder Nichtteilnahme an politischen Aktionen“ aufzurufen, verurteile aber „entschieden alle Formen der Gewalt und der Anheizung von Hass und Intoleranz gegen wen auch immer“. Sie hoffe, dass alle Fälle von Gewalt untersucht würden. Am 30. August fanden zudem [in allen orthodoxen Kirchen und Klöstern in Belarus Fürbittgottesdienste](#) statt. (NÖK)

---

## **Katholischer Erzbischof an Einreise gehindert**

03. September 2020. Belarus

Dem Oberhaupt der katholischen Kirche in Belarus, Erzbischof Tadeusz Kondrusiewicz von Minsk, ist die [Einreise nach Belarus verweigert worden](#), nachdem er sich zu einem Arbeitsbesuch einige Tage in Polen aufgehalten hatte. Am Grenzübergang bei Kuźnica hatten ihn belarussische Grenzbeamte ohne Angabe von Gründen nach Polen zurückgeschickt. Seine Mitreisenden hatten weiterreisen dürfen, während er sich nun in einer Gemeinde in der Nähe von Białystok in Polen aufhält.

Gegenüber dem belarussischen [Nachrichtenportal tut.by erklärte Kondrusiewicz](#), er habe keinerlei Begründung für die verweigte Einreise erhalten, und die Behörden hätten auf seine Nachfragen nicht reagiert. Laut Gesetz darf keinem belarussischen Bürger die Einreise ins Land verwehrt werden. Dem Erzbischof ist jedoch nicht bekannt, dass es Bestrebungen gebe, ihm die Staatsbürgerschaft abzuerkennen. Er besitze auch keine zweite Staatsangehörigkeit. Über die Gründe wollte er nicht rätseln, er zeigte sich lediglich enttäuscht über die Behandlung angesichts seiner Leistungen für sein Heimatland.

Der belarussische [Präsident Alexander Lukaschenka](#) jedoch sagte, es bestehe der Verdacht, auf eine mehrfache Staatsbürgerschaft Kondrusiewiczcs. Außerdem sei er „unerwartet“ zu Konsultationen nach Warschau gereist und habe dort „bestimmte Aufgaben erhalten“. Deshalb sei er auf eine Liste von Personen geraten, die nicht einreisen dürften. Sollte sich alles als legal herausstellen, werde auch Belarus sich entsprechend der Gesetze verhalten.

Seit Beginn der Proteste gegen die manipulierten Präsidentschaftswahlen in Belarus vom 9. August hat sich der katholische Erzbischof mehrfach kritisch geäußert. Schon am 15. August hatte er die Staatsmacht aufgerufen, die Gewalt gegen die Demonstrierenden zu beenden und alle Verhafteten freizulassen. In einem Hirtenbrief [beklagte der Erzbischof außerdem die zunehmende gesellschaftliche Spaltung](#) und warnte vor der schwierigen Wirtschaftslage und der drohenden internationalen Isolation des Landes. Sogar die Angst vor einem Bürgerkrieg nehme zu, was bis vor einigen Monaten noch undenkbar gewesen wäre. Als Gegenmittel sei zunächst die Aufnahme eines Dialogs nötig. Die Krise betrachtet Kondrusiewicz als „unvermeidbare Folge der Sünde der Gesetzlosigkeit“.



Scharf kritisierte er auch die Blockade der katholischen Kirche des Hl. Simeon und der Hl. Helena am 26. August in Minsk. Dabei hatten Spezialkräfte der Polizei Gläubige und Demonstranten, die sich in die Kirche geflüchtet hatten, daran gehindert, die Kirche zu verlassen, aber auch keine Gläubigen mehr hereingelassen. In seiner Mitteilung protestierte Kondrusiewicz „entschieden gegen die illegalen Handlungen der Sicherheitskräfte“, die eigentlich die Rechte der Bürger zu schützen hätten, darunter auch das Recht auf Religionsfreiheit, und nicht die Ausübung dieser Rechte behindern sollten. Lukaschenka behauptete, dass [keine Kirchen geschlossen worden seien](#), obwohl sie eine „anti-lukaschenka, antistaatliche Propaganda“ betrieben hätten. Im Gegenteil versuche der Staat sie zu unterstützen und zu schützen und werde sie auch weiterhin offenlassen. Dass Sondereinheiten eine Kirche blockiert haben, bezeichnete er als „Fake“, sie hätten die Kirche vor den Demonstranten geschützt.

Gegen die Blockierung der Kirche in Minsk [protestierten auch weitere Bischöfe der katholischen Kirche](#) in Belarus. Jurij Sanko, [Sekretär von Erzbischof Kondrusiewicz](#) und Vorsteher der Minsker Dreifaltigkeitskirche, beklagte gegenüber dem Nachrichtenportal *meduza.io*, dass auf die betreffende Kirche weiterhin Druck ausgeübt werde, auch am nächsten Tag sei der Zugang durch Sondereinheiten behindert worden. Dabei beschäftige sich die Kirche nicht mit Politik und wähle keine Seite. Wenn aber die Gemeindeglieder von Übergriffen berichteten, könne ein Geistlicher das nicht ignorieren. Deshalb nehme er mit den Gläubigen an friedlichen Aktionen teil. Die Aufgabe der Kirche sei es, zu beten, die Wahrheit zu schützen und nie das Volk im Stich zu lassen. Er forderte eine Aufklärung der Ereignisse und Strafen für die Täter. Zudem betonte er, dass die protestierenden Bürger und ihre Forderungen angehört und das Gespräch mit ihnen gesucht werden müssen. In dieser Angelegenheit herrscht laut Senko in der ganzen katholischen Kirche in Belarus Einigkeit. (NÖK)

---

## Kirchen rufen zu Ende der Gewalt auf

20. August 2020. Belarus

Angesichts der anhaltenden Massenproteste in Belarus hat der Hl. Synod der Weißrussischen Orthodoxen Kirche (WOK) am 15. August [in einem Statement](#) zu einem Ende der Gewalt aufgerufen. Er warnte vor „unumkehrbaren zerstörerischen Folgen“, wenn nicht „alle zusammen die Konfrontation stoppen“. Die Regierung des Landes rief er auf, die Gewalt zu beenden und die „Stimmen der unschuldig Verletzten“ zu hören sowie die Täter vor Gericht zu bringen. Zugleich forderte er „Provokateure und Hintermänner“ auf, die auf die „Destabilisierung unseres Landes und Spaltung unseres Volks gerichteten Provokationen“ zu beenden. Zudem betonte die WOK, immer an der Seite des Volks zu stehen und nichts mit Politik zu tun zu haben.

Schon zuvor hatte sich Metropolit Pavel (Ponomarjov) von Minsk, das Oberhaupt der dem Moskauer Patriarchat unterstehenden WOK, zu den Protesten geäußert, die vom manipulierten Wahlsieg des Dauerpräsidenten Alexander Lukaschenka bei den Präsidentschaftswahlen vom 9. August ausgelöst worden waren. Dabei hatte er zu Frieden und Dialog aufgerufen und Eltern gebeten, ihre Kinder vom Protest abzuhalten. Zudem [forderte er vermeintliche ausländische Akteure auf](#), nicht Hass und Feindschaft in Belarus zu schüren und das Land zu verlassen. Damit griff er ein beliebtes Argument Lukaschenkas auf, nämlich dass die Proteste von ausländischen Kräften gesteuert seien. Am 10. August hatte Metropolit Pavel bereits [Lukaschenka offiziell „herzlich“ zum Wahlsieg gratuliert](#). Später hieß es, er habe die [Gratulation zurückgezogen](#), was die WOK auf ihrer offiziellen Website [jedoch dementierte](#). In einer Ansprache [wandte sich Pavel jedoch direkt an Lukaschenka](#) und rief ihn auf, alles Mögliche zu tun, um die Gewalt zu beenden.

Gleich zu Beginn der Proteste hatte sich das Oberhaupt der katholischen Kirche in Belarus, [Erzbischof Tadeusz Kondruiewicz](#), geäußert. Er rief die Behörden und die Protestierenden zum Dialog auf und forderte ein Ende der Gewalt. Am 13. August fand in Minsk eine ökumenische [Prozession von Christen unterschiedlicher Konfessionen](#), vor allem Katholiken und Protestanten, statt. Die WOK, der die große Mehrheit der Belarussen angehört, beteiligte sich nicht. Diese hatte sich im Vorfeld [offiziell von der Prozession distanziert](#) und ihren Gläubigen erklärt, diese habe nichts mit ihren Aktivitäten zu tun. Ihre Position sei, zu Frieden aufzurufen und nicht die Situation anzuhetzen und zu irgendwelchen Aktionen anzustiften.

Einzelne Priester der WOK unterstützen jedoch die Proteste. So hat [Erzpriester Vladimir Drobyshevskij](#) in Gomel allein mit einem Schild mit der Aufschrift „Stoppt die Gewalt“ protestiert. [Erzpriester Georgij Roj](#) lässt in seiner Kirche stündlich die Glocken läuten, als Zeichen der Solidarität mit den Protestierenden. Zudem kritisierte er die Gratulation Pavels an Lukaschenka – diese sei zu einem Zeitpunkt erfolgt, als bereits Blut auf den Straßen vergossen wurde. Auch der [Vorsteher der zentralen Heilig-Geist-Kathedrale in Minsk](#), Archimandrit Aleksij (Schinkevitsch), ergriff in einer Predigt Partei für die Protestierenden. Er prangerte das grausame Vorgehen gegen die Demonstranten an und rief die Behörden auf, alle Verhafteten freizulassen. Schließlich betone die Kirche immer, dass sie zum Volk stehe, nicht, dass sie zur Macht stehe. Die anwesenden Gemeindeglieder unterstützten Archimandrit Aleksij mit Zurufen.

Kritisiert wurde auch der russische Patriarch Kirill, der [Lukaschenka ebenfalls gleich nach der Wahl gratuliert](#) hatte. Der [Moskauer Priester Fedor Ljudogovskij warf Kirill in einem offenen Brief vor](#), nur aufgrund der „politischen Konjunktur“ seine Rhetorik ein wenig geändert zu haben, indem er auf seine Gebete für Frieden in Belarus verweise. Er bat ihn darum, seine Nähe zum russischen Präsidenten Vladimir Putin zu nutzen und sich bei diesem dafür einzusetzen, dass keine russischen Sicherheitskräfte in Belarus eingesetzt werden. Er wies Kirill darauf hin, dass er nun die Chance habe, Mut zu zeigen und eine christliche Tat zu vollbringen, und rief ihn dazu auf, diese Chance zu nutzen, auch wenn dies sein beschädigtes Ansehen kaum retten werde.

Ganz anders äußerte sich [Metropolit Epifanij \(Dumenko\) von der Orthodoxen Kirche der Ukraine](#) (OKU). Er unterstützte die Proteste in Belarus und rief die Weißrussen auf, die „demokratische und unabhängige Zukunft ihres Landes zu schützen“. Er forderte ein sofortiges Ende der Gewalt und die Freilassung aller unschuldig Verhafteten. Zudem legte er den Weißrussen nahe, sich um die Gründung einer eigenen autokephalen orthodoxen Kirche zu bemühen. (NÖK)

---

Berichte den kirchlichen Positionen zu den Protesten in Belarus von August bis Dezember 2020.

© Nachrichtendienst Östliche Kirchen NÖK